5. Jahrg. Nr. 176

Einzelpreis 1000 M.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der illustrierten Monatsbeilage „Sichel und Hammer" und den wöchentlich bezw. 14 tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne" „Die Rote Sichel", „Der Jungprolet", „Die Genossin"

Anzeigenpreise: Die 1gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 1000.— Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 800.— Mk. Kleine Anzeigen per Wort 50.— Mk. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4gespalten oder deren Raum im Text 2500.— Mk.

Dienstag, den 31. Juli 1923

Bezugspreis: Durch Austräger 4000.— Mk. pro Woche. Durch die Post 6500.— Mk pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages für Monat Juli Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzerstraße 50. — Postscheckkonto Breslau Nr. 3105 60. — Fernsprecher: Breslau, Ring 8857.

Fort mit Cuno! Zum Teufel mit der Koalition!

Ein Schachzug für Cuno

Berlin, 31. Juli.

Der Reichstag ist zum Mittwoch, den 8. August, einberufen. In der Haltung der bürgerlichen Parteien hat sich in letzter Stunde eine Schwenkung zugunsten der Regierung Cuno vollzogen, die ihre Wirkung bis in die Reihen der Sozialdemokratie hinein ausübt.

•

Die Berliner Funktionäre der VSPD. fordern von ihrer Reichstagsfraktion den Sturz der bankrotten Cuno-Regierung.

Der Parteivorsitzende der VSPD., Hermann Müller, erklärt im „Vorwärts" hundeschnäuzig, daß die Reichstagsfraktion Cuno nicht stürzen wird:

„Wenn es zu dem von vielen gewünschten Sturze der Regierung kommen soll, so muß die neue Regierung sofort parat stehen."

Diese neue Regierung hat die VSPD.-Fraktion nicht parat, sie bleibt bei Cuno.

Hermann Müller findet den Beifall der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". Stinnes ist zufrieden mit der Hungerpolitik des Cunokabinetts. Er lobt darum Hermann Müller.

Die rechten Führer der VSPD. sind so verfilzt mit der Politik des Bürgerblocks, daß sie Cuno nicht mehr stürzen, daß sie nicht einmal die Große Koalition als Ausweg wählen können. Sie wird schwächer und jämmerlicher als selbst das Zentrum. Vergeblich macht der „Vorwärts" den Versuch, in kläglichen Worten an der Angstkundgebung der Regierung vom Sonntag Kritik zu üben: die Sünden der Cuno-Regierung, die dem arbeitenden Volk die Hungerschlinge um den Hals zuziehen, sind die Sünden der rechten VSPD.-Führer.

Dabei legte die Regierung ein Steuerprogramm vor, das in seiner Ohnmacht und Unfähigkeit die völlige Vernichtung der deutschen Finanzen bedeutet.

Ueber den Inhalt des umfangreichen Steuerbuketts teilt der Berl. Lokalanzeiger mit, daß die Vermögens-, Erbschafts- und Umsatzsteuersätze entsprechend abgeändert werden. Bei den ersten Kategorien handelt es sich um zwei wesentliche Aenderungen. Einmal werden die Tarife völlig neu normiert und der Geldentwertung entsprechend heraufgesetzt und zweitens werden die Bewertungsvorschriften auf den Ertragswert verschärft. **Die Umsatzsteuer wird wieder auf 2½ v. H. erhöht werden.** Ferner wird, wie schon angekündigt, ein Ruhropfer erhoben, um die Kosten der Ruhrbesetzung zu decken.

Auch die Steuern, die jetzt die Sozialdemokratie vorschlägt, unter Aufgabe der bisherigen Forderung nach Goldsteuern, bedeuten keine Rettung. Es handelt sich bei der Sozialdemokratie nicht um ein Eintreten für die arbeitenden Massen gegen die Regierung, sondern um einen **Schachzug für die Regierung Cuno gegen das arbeitende Volk.**

Die Regierung Cuno, die reinblütigste, bindenreine Regierung, ist bankrott. Sie hat durch die „Markstützungsaktion" die Mark zerrüttet und den Finanz-, Industrie- und Agrarkapitalisten die Goldreserven des Reiches ausgeliefert. Durch ihre Regierungskunst hat sie die Teuerung herbeigeführt, die alle jene Schichten, die leben müssen von ihrer Hände Arbeit, oder als sogenannte „Geistesarbeiter" ihr Brot verdienen, zur Verzweiflung treibt. Wer nicht will, daß wir in den nächsten Wochen in einem Kampfe aller gegen alle in Verzweifelten Teuerungsstraßen der hungernden Massen untergehen, der muß mit uns gemeinsam dafür kämpfen, daß schleunigst Schluß gemacht wird mit der bisherigen Politik und mit der Cuno-Regierung.

Wer nicht den Zerfall des Reiches, wer nicht das allgemeine Chaos mit schaffen will, der muß verhindern, daß eine neue Koalitionsregierung mit oder ohne der Sozialdemokratie, daß eine neue große oder kleine Koalitionsregierung gebildet wird, die weiter mit dem Schicksal der werktätigen Massen vom grünen Tisch Schindluder treibt.

Die Werktätigen in Stadt und Land, die Arbeiter, Angestellten und Beamten, Kleinbauern und der untergehende Mittelstand müssen ihre Geschicke selbst in ihre eigenen starken Hände nehmen.

Eine Arbeiter- und Bauernregierung muß sofort geschaffen werden, die die Lebensmittelkatastrophe verhindert durch Beschlagnahme aller Lebensmittelvorräte und ihre Verteilung durch die Gemeinden, die Genossenschaften der Arbeiter, Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden und durch die Betriebe.

Die Funktionärversammlung der Berliner VSPD.

In Berlin haben am Freitag abend die Funktionäre der VSPD. gegen eine Minderheit in einer Resolution von der Reichstagsfraktion den Sturz der Cunoregierung gefordert. In derselben Resolution lehnen sie jede gemeinsame Aktion mit den Kommunisten ab. Die Funktionäre der VSPD., unter dem Druck der erbitterten Massen sind gezwungen, sich gegen die Cunoregierung zu stellen. Aber, indem sie zugleich die Einheitsfront der Arbeitenden sabotieren, verwandeln sie ihren Protest gegen Cuno in eine leere Geste. Der „Vorwärts" und die leitenden Parteiinstanzen nutzen den Widerspruch aus: sie geben der Geste des Protestes das Ziel der Großen Koalition.

Die Widersprüche in der Resolution sind nur eine Widerspiegelung der Unklarheiten in der Diskussion der Funktionärversammlung. Robert Schmidt referierte:

Ein Zusammengehen mit den Kommunisten die Schlageter feiern, ist ausgeschlossen. Aber die Wahlen in Mecklenburg und die Metallarbeiterwahlen sind ein Warnungszeichen. Industrie, Landwirtschaft und Handel sollten endlich Opfer bringen. Nur die Sachwerterfassung kann die Reparationsfrage lösen. Die Lebensmittelnot ist eine Frage der freien Wirtschaft (die Robert Schmidt als Minister selbst vorbereitet hat). Die Zwangsanleihe muß verzehnfacht, die Gehälter und Löhne müssen wertbeständig gemacht werden. Aber gegen die bürgerliche Mehrheit im Reichstag kann sich die Sozialdemokratie nicht durchsetzen. „Die Partei wird alles tun, um den derzeitigen, unglückseligen Zustand zu ändern, der zu Unruhen und Putschen führen kann und die Republik bedroht."

Was dieses „alles" ist, das die Partei tun will, hat Robert Schmidt leider zu sagen vergessen.

In der Diskussion brach der Unmut mit der Schreibweise des „Vorwärts" und der Haltung der Reichstagsfraktion durch. Aus der Mitte der Versammlung wurde ein Antrag auf den Sturz der Regierung gestellt. Rabold erklärte: die Regierung Cuno stürzen nützt noch nichts. Wir müssen die Massen auf den Kampf vorbereiten, der unvermeidlich ist.

Breitscheid forderte ebenfalls „schroffste Opposition" gegen die Cunoregierung, die gerade er bisher unterstützt hat, und von der er nun sagt, daß sie außen- und innenpolitisch bankrott gemacht hat.

Robert Schmidt im Schlußwort:

„Ich bin heilfroh, daß die Fraktion aus der Verantwortung heraus ist... Stürzen Sie das Kabinett Cuno, wenn es Sie beruhigt... Es ist sehr schwer, in einer großen Partei die Verantwortung zu tragen."

Jämmerlicher und erbärmlicher hat noch nie der Führer einer Partei, die „alles tun" will, ihre Unfähigkeit und ihre Furcht vor der Verantwortung offenbart.

„Vorwärts", „Zeit" und „Germania", die Zeitungen der Großen Koalition, treiben mit der Erbitterung und der Erregung der Massen Schindluder. Sie wollen Cuno stürzen — das ist kein Kunststück, denn Cuno ist heute schon politisch tot —, um an Stelle einer Regierung des bankrotten Bürgerblocks mit der inoffiziellen Unterstützung der bankrotten Sozialdemokratie, eine Regierung des bankrotten Bürgerblocks mit der offiziellen Beteiligung der bankrotten VSPD. zu setzen. Die Sozialdemokratie muß offen in die Regierung Stresemanns hinein, um die Kassenschränke der Bourgeoisie vor dem Proletariat wieder einmal zu schützen.

Diesmal täuschen sich die Herrschaften. Diesmal lassen auch die sozialdemokratischen Arbeiter den Betrug nicht zu. Diesmal kämpfen sie trotz aller Resolutionen, zusammen mit den Kommunisten für die Arbeiter- und Bauernregierung, hinter der heute in Deutschland die ungeheure Mehrheit der arbeitenden Massen steht.

Stinnes, der Hochverräter

Stinnes Bündnis mit den Pariser Großbanken

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald" schreibt:

„Ich kann mit aller Sicherheit behaupten, **daß die englische Regierung von Deutschland die Aufgabe des passiven Widerstandes an der Ruhr verlangen wird.** Es wird der deutschen Regierung eine von England, Frankreich und Belgien unterzeichnete Note zugestellt, die diese Forderung erhebt, und

ich habe gute Gründe, zu behaupten, daß die Reichsregierung diese Forderung annehmen und den Abbruch des passiven Widerstandes anordnen wird.

Für diese bedeutsame Wendung gibt es zwei Erklärungen. Die erste Ursache ist,

daß die Vereinbarungen zwischen dem deutschen und französischen Kapital so gut wie fertiggestellt sind.

Die deutschen Großkapitalisten, deren Zeitungen den „Erbfeind" bekämpfen, haben währenddessen mit demselben Erbfeind das Geschäft abgeschlossen. Diese neue Vereinbarung bezieht sich sowohl auf Schlesien als auf das Ruhrgebiet. Die großen Aufkäufe Stinnes in der Bergwerks- und sonstigen Industrie Oberschlesiens sind allgemein bekannt.

Es ist eine Tatsache, daß zwischen Herrn Stinnes und den großen Pariser Banken, die die polnische Industrie beherrschen, ein Vertrag besteht.

Dieser Vertrag wird in allerkürzester Zeit durch eine **Vereinbarung zwischen den französischen Stahlmagnaten Lothringens und den Industriebaronen des Ruhrgebiets** ergänzt werden.

Die deutsche Regierung wird in der Tat bloß einen Friedensvertrag ratifizieren, der bereits von seinen Auftraggebern, den Großindustriellen, fertiggestellt worden ist.

Die zweite Ursache, die Herrn Cuno dazu bewegt, den passiven Widerstand aufzugeben, ist der große Kräftezuwachs der Arbeiterschaft im Ruhrgebiet. Die Unternehmer haben den passiven Widerstand vollkommen aufgegeben, überlassen ihn der Arbeiterschaft und verhandeln mit Frankreich. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die **Bourgeoisie eine Franzosenherrschaft der Arbeiterschaft vorzieht.** Es ist eine Vereinbarung in Sicht. Wie es schon lange vorausgesagt werden konnte, haben die deutschen Kapitalisten, nachdem sie die Arbeiter dazu anhielten, alle Lasten eines langen und heftigen Kampfes selbst zu tragen, sich selbst aus der Affäre zurückgezogen. **Herr Cuno wird auf das Ansuchen Baldwins anordnen, daß die Ruhrarbeiter den Widerstand aufgeben.** Werden aber die Ruhrarbeiter Herrn Cuno folgen?"

Stinnes baut Geschütze für Frankreich

Der Pakt, den Stinnes mit dem französischen Großkapital und der Schwerindustrie geschlossen hat, ist perfekt. Die Cunoregierung hat die Sache durch diplomatische Mätzchen nur noch ein wenig zu verkleistern, damit der Oeffentlichkeit gegenüber die bereits vollzogene Kapitulation vor dem französischen Imperialismus nicht kommt wie ein Blitz aus heiterm Himmel. Die vorstehend wiedergegebenen Tatsachen aus dem „Daily Herald" über Stinnes werden ergänzt durch eine Notiz der „Rhein.-Westf. Zeitung" vom 24. Juli, Mittagsausgabe. In einer Notiz „Hugo Stinnes-Schneider-Creusot" im wirtschaftlichen Teil des Blattes wird Mitteilung davon gemacht, daß die vom Stinneskonzern kontrollierte österreichische Alpine Montangesellschaft ihr Kapital wesentlich erhöht haben. Zirka die Hälfte der Anteile sollen nach der Wiener Zeitschrift „Die Börse" in den Besitz des

bekannten französischen Waffen- und Munitionsfabrik von Schneider-Creusot gekommen sein."

Es heißt dann weiter:

„Dieser Transaktion sollen folgende taktische Erwägungen zu Grunde liegen: Ein Teil der mit der Alpine Montangesellschaft verbundenen Fabriken liegt gegenwärtig auf polnischem Gebiet, wodurch eine Enteignung auf Grund des Vertrages von Genf nicht ausgeschlossen erschien. Dem haben nun die Alpine Montangesellschaft dadurch vorbeugen wollen, daß sie einem einflußreichen französischen Konzern an ihren Betrieb interessieren, in dem sie gleichzeitig einen großen Abnehmer für ihre Erzeugnisse gewann.

Auf diese Weise sei die schon mehrfach besprochene Verbindung zwischen Hugo Stinnes und Schneider-Creusot entstanden, die, wie die genannte Zeitschrift hinzufügt, dazu geführt hat, daß die von Hugo Stinnes beherrschten Stahlwerke der Alpinen Montangesellschaft jetzt mit Hochdruck arbeiten, um Unterteile für französische Kanonen anzufertigen."

Die genannten Tatsachen über Stinnes, die mehr oder weniger für die gesamte deutsche Schwerindustrie zutreffen, dokumentieren den Verrat, den diese Blutsauger begehen an der Nation, als deren Repräsentanten sie so gern figurieren. Neben Stinnes sind es Krupp, Thyssen und andere Geldsackpatrioten, die der Arbeiterschaft, die sich im großen und ganzen bisher tapfer gewehrt hat, gegen die Versklavungspläne des französischen Imperialismus den Dolchstoß in den Rücken versetzten. Die Eisenbahn vor allem, die unteren und mittleren Beamten, die Angestellten und Arbeiter sollen sie all die furchtbaren Leiden auf sich

genommen haben, nur damit Stinnes und die Schwerindustriellen mit ihren französischen Kumpanen das Geschäft auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung abgeschlossen haben.

Auch die heute noch unter nationalistischem und faszistischem Einfluß stehenden Arbeiter und völlig proletarisierten Beamten und Angestellten und Mittelschichten, die bisher blind hinter den Agenten des Großkapitals hergelaufen sind, die ehrlich an die „nationale" Sache glaubten und ihre Front gegen die Arbeiterschaft kehrten, werden heute einsehen, daß das Großkapital ihre Sache verraten und verkauft hat an die französischen Kapitalisten. Um eine Illusion ärmer werden sie einen Frontwechsel vollziehen müssen und in einer Front mit der klassenbewußten Arbeiterschaft, der Retterin der Nation vor den kapitalistischen Pleitegeiern, gegen den gemeinsamen Feind — gegen das verbündete deutsch-französische Schwerkapital kämpfen müssen.

Rückblick auf den Antifaszistentag

Sie haben gedroht und haben provoziert eine Woche lang. Sie ließen ihre Truppen exerzieren für den Straßenkampf. Sie ratterten mit ihren Panzerautos auf den Uebungsplätzen. Sie alarmierten ihre ganze Truppenmacht, Polizei und Militär. Sie verwandelten die Stadtviertel um die Versammlungslokale in befestigte Plätze. Sie hatten in den Dachgeschossen Maschinengewehrnester. Karabiner, Mauser und Handgranaten zerrten am Koppelzeug ihrer Söldner. Ihre Spitzel waren am Werke.

Sie wollten ein Blutbad. Sie brauchten das Blutbad, um Luft zu bekommen. Und sie haben es nicht gewagt.

Das ist das Eingeständnis der Ohnmacht. Das besiegelt Cunos Ende. Wer in solcher Situation Schwäche zeigt, der ist erledigt.

Und die Faszisten? Sie hatten unsere Herausforderung angenommen. Sie hatten gedroht und sich gespreizt. Und sie waren nicht zu sehen. Das ist für sie eine Schlappe.

Gewiß, wir haben unsere Front zurückgenommen, als uns der Feind einen Kampf aufzwingen wollte, für den die Arbeiterschaft noch nicht genügend gerüstet war.

Aber wir haben unsere Front genau an der Grenze der Gefahrenzone aufgestellt und wir haben trotz Cuno und Severing, trotz Drohung und Verbot unsere Demonstrationen durchgeführt, wo wir die Herren der Lage waren, in Kiel, in Hagen und anderswo, in Sachsen und Thüringen selbstverständlich.

Wir haben im Angesicht des aufmarschierten Feindes eine große Gefechtsübung durchgeführt und sie ist gelungen. Das ist angesichts der elektrisch geladenen Atmosphäre ein gewaltiger Erfolg.

Der 29. Juli sollte eine Demonstration gegen den Faszismus werden, der das Leben des Proletariats bedroht. Es wurde zu einem Aufmarsch der Arbeiterklasse gegen die Regierung, die Deutschlands Zusammenbruch vollendet hat. Er hat der Regierung den Stoß versetzt, an dem sie verrecken muß.

Der 29. Juli hat die Kraft der Kommunistischen Partei erwiesen, hat den Beweis erbracht, daß die KPD. die Arbeiterklasse führt.

Das aber legt eine ungeheure Verantwortung auf die Schultern der Partei. Sie muß jetzt ihre ganze Kraft anspannen, um vom Manöver zur Schlacht zu kommen. Dazu gehört nicht nur, daß sie mit viel größerer Energie als bisher auf jene Massen einwirkt, die noch immer zweifelnd beiseite stehen. Sie muß das Vertrauen, das ihr die Arbeiterklasse entgegenbringt, festigen, indem sie sich mehr als je als Sachwalterin der Lebensinteressen des Proletariats und aller Leidenden und Hungernden erweist und zeigt, daß sie jeder Situation oder politischen Aufgabe gewachsen ist.

Der Massenaufmarsch

Der Antifaszistentag hat die Kraft der KPD. gegeben. In Berlin sind Hunderttausende, im Reich Millionen Arbeiter aufmarschiert. Größere Zusammenstöße wurden vermieden durch die eiserne Disziplin und die Geschlossenheit der Massen. Die Versammlungsräume erwiesen sich in Berlin als überall zu klein, es mußten meist Parallelversammlungen abgehalten werden. Spitzel und Provokateure waren in Massen aufgeboten, aber alle Versuche, die Arbeiterschaft zu provozieren und Maschinengewehre gegen unbewaffnete Arbeiter spielen zu lassen, mißlangen. Die Arbeiterschaft hat Severing eine deutliche Antwort gegeben.

In Kiel, in Hagen, in Köln demonstrierten die Massen auf der Straße trotz des Severingverbots. In Bremen war die Riesenversammlung zugleich ein gewaltiger Protest gegen die willkürlichen Verhaftungen der führenden Genossen durch den Faszistenstaat.

Im besetzten Gebiet, in Bochum und Essen, hatten die französischen Generale Tanks zum Schutz der deutschen Faszisten aufgefahren. Die Straßenbahnen waren stillgelegt. Die Franzosen hatten Verbotsplakate angeschlagen ganz nach dem Muster des Herrn Severing.

In Halle hat die proletarische Abwehr Angriffe des Stahlhelms auf den „Klassenkampf" zurückgeschlagen.

In Sachsen, in Thüringen wurden die Demonstrationen zur vernichtenden Niederlage der Cuno-Regierung. Thüringen und Sachsen hatten unter dem Druck der Massen Cunos Einflüsterungen, den Tag zu verbieten, zurückweisen müssen. Und die Massen beherrschten die Straßen: die Faszisten, die lärmend zu Gegenkundgebungen aufgefordert hatten, waren verschwunden. Im Leipzig Lipinskis marschierten, trotz der Gegenorder der VSPD.-Führer, 30 000 Arbeiter unter der Führung der Partei auf. Die Demonstration sicherten die gemeinsamen Hundertschaften gegen Fleißners Schupo.

Nur in Neuruppin hat Severing Triumphe gefeiert. Dort liegen zwei Tote und sieben Schwerverletzte auf der Straße. — In Neuruppin ist es am Sonnabend zu schweren Zusammenstößen gekommen. Schupo schoß auf die Volksmenge, die vor den leeren Lebensmittelläden in eine gewaltige Erbitterung und Erregung geraten war. Die bankerotte Cunoregierung läßt vor ihrem Ende noch Arbeiter morden. Aus Potsdam holte die Schupo Verstärkungen, um das Gefängnis zu schützen, das nach der VS.-Korrespondenz die Menge stürmen wollte. Die erregte Volksmasse blieb bis zum Morgen auf der Straße.

Am Sonntag gewaltige Kundgebung der Arbeiterschaft Neuruppins und der Umgebung gegen den Faszismus und die Mordtat. Zu neuen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Die Demonstration in Gleiwitz

Hier fanden überfüllte Versammlungen im Saal und Garten des Hüttengasthauses statt. Trotz starker Provokationen seitens der Orgesch und einzelner Schupobeamter verlief die Demonstration ohne Störung. Bei einigen unserer führenden Genossen fanden Haussuchungen statt. Genosse Behr wurde wegen einer Auseinandersetzung mit einem Schupobeamten sistiert, von Schupobeamten tätlich bedroht und als „Verbrecher" und „Lump" beschimpft. Die Angelegenheit wurde sofort dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Beck unterbreitet.

In den Kreisen Neustadt—Neisse

folgte das klassenbewußte Proletariat in außerordentlicher Stärke unserm Rufe. In Neustadt betrug die Teilnehmerzahl 1500. Aus Preiland ankommende Arbeiter wurden von mit Handgranaten und Revolverlaufen bewaffneter Eipo angehalten. Es wurde ihnen erklärt, daß sie unter einer Stunde keinen Zutritt nach Neisse bekommen. Inzwischen wurden sie nach Waffen durchsucht. Ein Eipooffizier fuhr nach Neisse, um Erkundigungen beim Bürgermeister einzuziehen, ob die Demonstranten in die Stadt dürfen. Erst nach seiner Rückkehr marschierten die Demonstranten nach Neisse, wohin auch die Arbeiter aus allen Teilen des Kreises hineinströmten.

Die Versammlung in Neisse fand in der „Erholung" statt.

Es nahmen 15—16 000 Arbeiter

daran teil. Obwohl die Arbeiter durch das Verhalten der Eipo bis aufs Blut provoziert wurden, — der Ring in Neisse war durch Eipo abgesperrt — ereigneten sich keinerlei Zwischenfälle.

Der Antifaszistentag hat gezeigt, daß die Arbeiterschaft selbst in den **ländlichen Kreisen** immer mehr den Parolen unserer Partei folgt und zum Kampf gegen den Faszismus mobilisiert.

Kreis Lauban

Obwohl die Staatsgewalt alle Kräfte aufgeboten hatte, um jede Kundgebung zu verhindern, wurde diese in vollster Ordnung durchgeführt. Es fanden in Messersdorf überfüllte Versammlungen im Saal und unter freiem Himmel statt, an denen sich auch Genossen aus der Tschechoslowakei beteiligten. Die Polizei provozierte in unerhörter Weise. Es waren nicht nur die gesamte Schupo mit Maschinengewehren, sondern auch 30 bis auf die Zähne bewaffnete Förster aufgeboten worden. Beim Einmarsch der Demonstranten nach Flinsberg wurden aus dem Logierhaus-Garten zwei Schreckschüsse abgegeben. Der Arbeiterschaft bemächtigte sich eine starke Erregung, doch ließ sie sich nicht provozieren, so daß die Demonstration in vollster Ordnung verlief.

Ein Teil der Schieber in Bad Flinsberg reiste, als er von dem bevorstehenden „Kommunistenmarsch" hörte, fluchtartig ab.

Das Ende der Menschewiki

Nach einer Meldung der russischen Telegraphen-Agentur aus Tiflis hat der dort tagende Kongreß der Menschewiken den Anschluß an die Kommunistische Internationale beschlossen.

Die Auflösung der russischen Sozialdemokratischen Partei vollzieht sich mit einer geradezu rasenden Geschwindigkeit. Nachdem der älteste der alten Garde, Martynow, zur KPD. übergetreten ist, sind initiativ in fast jeder russischen Stadt Komitees russischer Menschewiki entstanden, die öffentlich die Auflösung der Partei und den Anschluß an die Kommunistische Internationale forderten. In fast ganz Rußland ist dieser Wille der sozialdemokratischen Arbeiter durchgeführt: die Menschewiki sind gewesen.

Der Kongreß in Tiflis, von dem das nebenstehende Telegramm meldet, ist darum bedeutungsvoll, weil er die Zusammenkunft der ehemals stärksten Partei der Menschewiki, der georgischen, darstellt. Mit Auflösung dieses Teiles der russischen Sozialdemokratie ist das Schicksal der Menschewiki endgültig beschlossen. Im freien Arbeiterstaat gibt es keinen Platz für Arbeiter-Verräter.

Der Metallarbeiterstreik soll verraten werden!

Unerhörte Vergewaltigung der Vertrauensleute durch Gewerkschaftsführer

Die gesamte bürgerliche Presse berichtet triumphierend, daß neue Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiterverband und den Unternehmern erfolgt sind, die eine baldige Beendigung des Streikes erhoffen lassen. In der Tat haben die Gewerkschaftsführer nach Ablehnung des von ihnen befürworteten Verhandlungsergebnis durch die Urabstimmung der Metallarbeiter nichts besseres zu tun gewußt, als sofort in neue Verhandlungen einzutreten, die Streikenden aber weiter dem Hunger zu überlassen. Die Gewerkschaftsführer wollen jetzt unter brutaler Vergewaltigung der Rechte der Vertrauensleute daran gehen, den Streik abzuwürgen. Es wird uns darüber folgendes berichtet:

„Am Montag nachmittag fand im Gewerkschaftshaus eine kombinierte Betriebsräte- und Vertrauensmänner-Versammlung statt. Dieselbe nahm zu einem neuen Verhandlungsergebnis Stellung, das auf Grund von Besprechungen des Bezirksleiters des Metallarbeiterverbandes und einigen Unternehmer-Vertretern erzielt war. Die Lohnkommission hatte man bei diesen Verhandlungen ausgeschaltet. Die Gewerkschaftsführer hatten auch alle Ursache dazu, bei diesen Verhandlungen die Arbeiter auszuschalten, denn das, was das neue Verhandlungsergebnis den Metallarbeitern bringen soll, bedeutet einen Schlag in das Gesicht der seit 14 Tagen hungernden Streikenden.

Die Forderung der Streikenden nach einem Grundlohn von 9000 Mark ab 1. Juli ist nicht erfüllt, sondern es sind lediglich die Errechnungen des Lohnamtes den Lohnerhöhungen zugrunde gelegt worden. Die Vertrauensleute waren der Ansicht, daß sie mit einem derartigen Ergebnis ihren Kollegen nicht unter die Augen treten können und daß sie es ablehnen müßten, nochmals darüber eine Urabstimmung vorzunehmen. Die Ortsleitung dagegen erklärte, daß statutengemäß auch über die kleinste Aenderung eine Abstimmung vorgenommen werden müsse. Die Ortsleitung vergewaltigte in unerhörter Weise die Betriebsräte und brachte einen eingebrachten Antrag, der besagt daß die versammelten Betriebsräte und Vertrauensmänner es unter ihrer Würde halten, mit einem derartigen Ergebnis vor ihre Kollegen zu treten, nicht zur Abstimmung.

Zwei weitere Anträge, welche forderten, daß der Kampf auf breiterer Grundlage zu führen ist, und daß die Kleinarbeiter und die Arbeiter der Schlesischen Elektrizitätswerke sich dem Kampf anschließen sollen, wurde von der Ortsleitung ebenfalls unterschlagen.

Das gleiche Schicksal bereiteten die Bürokraten einem dritten Antrage, welcher den Magistrat zur Abgabe von billigen Lebensmitteln und unentgeltlicher Abgabe von Milch für die jüngsten Kinder der Streikenden verpflichtet, forderte.

Den Gewerkschaftsbürokraten scheint durchaus daran gelegen zu sein, wenn die streikenden Metallarbeiter weiter hungern. Ist doch der Hunger ihr bester Bundesgenosse in dem Bestreben, den Streik abzuwürgen. Das Verhalten der Ortsleitung rief eine ungeheure Erregung der versammelten Vertrauensleute hervor. Die überwiegende Majorität der Versammlung bestand auf Abstimmung. Trotzdem erklärte der Vorstand mit schamlosem Zynismus, daß er sich nicht verpflichtet fühle, derartig unsinnige, übertriebene Anträge zur Abstimmung zu bringen. Der Versammlung bemächtigte sich ungeheure Erregung. Ein großer Teil der Vertrauensmänner und Betriebsräte warfen der Ortsleitung ihre Funktionärkarten zu Füßen und lehnten jede weitere Verantwortung ab."

Der impulsive Protest der Betriebsräte ist gewiß berechtigt und verständlich. Trotzdem bedeutet die Niederlegung ihrer Aemter keine Stärkung, sondern eine Schwächung der Opposition. Denn wenn gerade die energischen und revolutionärsten Betriebsräte, angeekelt von dem schamlosen Verhalten der Führer, ihre Aemter niederlegen, so haben die Bürokraten ihr Ziel die tüchtigsten Kollegen auszuschalten oder aus dem Verband herauszuekeln, erreicht. Die Betriebsräte müssen vielmehr die Taktik der Bonzen, durchkreuzen und sich an ihre Wähler im Betriebe wenden. Dem Ansturm der überwiegenden Mehrheit der Streikenden und der Betriebsräte gegenüber wird auch die Schiebertaktik der Ortsleitung nichts ausrichten können.

Alle Metallarbeiter müssen aufmarschieren, sich einmütig hinter ihre Kollegen stellen und eine Ortsleitung zum Teufel jagen, die ihre Interessen mit Füßen tritt.

Beschlagnahmtes Kommunistenblatt. In Hamburg wurde gestern die „Hamburger Volkszeitung", unser Parteiblatt, wegen angeblicher Aufreizung zum Klassenhaß, beschlagnahmt.

Streik im Ruhrgebiet

Im Ruhrgebiet ist es auf einigen Zechen wegen Lohnforderungen zum Streik gekommen, mit dessen weiterer Ausdehnung zu rechnen ist.

Erhardt soll nach den Meldungen der Grenzbehörden die jugo-slawische Grenze überschritten haben.

Neuer Faszist aus der SPD.

Der sattsam bekannte „nationalökonomische Sachverständige" des ADGB. der gelbe Dr. Striemer, ist zu den Industrie-Faszisten gegangen und schreibt — es wird gut bezahlt — in der DAZ. des Herrn Stinnes einen Artikel über „die freien Gewerkschaften". Darin sagt dieser Angestellte von 8 Millionen deutscher Arbeiter, daß diese 8 Millionen eigentlich Trottel sind. „Es herrschen in den Versammlungen die „guten Redner" mit der lautesten Stimme, wenn sie auch sonst die erfahrungslosesten und unwissensten Mitglieder sein mögen." Herr Striemer irrt sich in einem: die „guten Redner" mit der lauten Stimme wirtschaften dann doch allmählich ab: die Quittung, die Graupen-Urich und Grützen-Pfirmann bei den Berliner Metallarbeiterwahlen bekommen haben, der Ausfall der Wahlen in Rheinland-Westfalen, in Thüringen und eigentlich überall im Reiche beweist das. Und der Striemer spürt das und sucht sich deshalb rechtzeitig ein warmes Plätzchen am Busen des großen Stinnes. Es ist an der Zeit, daß er und seinesgleichen von den Arbeitern einen Fußtritt bekommen, sodaß sie nicht länger als „Führer" der Arbeiterschaft aufspielen können.

Ein faszistisches Munitionslager wurde in Schlebusch (Kreis Solingen) vom Kontrollausschuß aufgedeckt. Bei einem ehemaligen Schupobeamten wurden zwei Zentner Sprengstoffe und Munition gefunden. Eine von der Solinger kommunistischen Jugend einberufene Demonstrationsversammlung gegen Faszismus und Separatismus gestaltete sich zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen die auch in Solingen immer provokatorischer auftretenden Faszistenhorden.

Teuerungsunruhen in Spandau. In Spandau bei Berlin kam es gestern zu Teuerungsunruhen, wobei Erwerbslose in Lebensmittelgeschäfte drangen. Die Ansammlungen wurden durch die Schupo zerstreut.

Freigelassene Faszisten. In Dresden wurden einige Führer der faszistischen Bürgerwehr verhaftet, aber größtenteils wieder auf freien Fuß gesetzt. Auch in Eisenach wurde ein faszistischer Polizeiinspektor verhaftet aber wieder freigelassen.

Haussuchungen bei Kommunisten. In Mannheim wurde gestern in der „Kommunistischen Arbeiterzeitung" sowie im ganzen Parteigebäude und bei sämtlichen Funktionären der KPD. Haussuchung abgehalten und zwar auf Veranlassung des badischen Justizministeriums unter Billigung des sozialdemokratischen Staatspräsidenten Adam Remmele. Man suchte Unterlagen für die proletarischen Hundertschaften. Gefunden wurde nichts.

Parteiaufbau

Großes internationales Meeting

findet am 4. und 5. August auf der **Schneekoppe** unter starker Beteiligung der Ortsgruppen des Riesengebirges als auch der Lokalverbände der tschechoslowakischen kommunistischen Partei statt. Internationale Redner werden sprechen.

Zum ersten Male werden sich auf dem Kamm des Riesengebirges die Massen der Kommunisten Schlesiens und der Tschechoslowakei die Bruderhände reichen zum Schutz- und Trutzbund gegen die ganze kapitalistische Meute; gegen internationales Wucher- und Schiebertum; sowie gegen ihre Schutzhorden, die Faszisten.

Der preußische Innenminister, der Sozialdemokrat Severing, hat der preußischen Arbeiterschaft den Antifaszistentag am 29. Juli verboten und damit bewiesen, daß er mitsamt der sozialdemokratischen Führer die größten Hemmungen für den proletarischen Klassenkampf, für die Einheitsfront des arbeitenden Volkes sind.

Trotz Verbote, trotz größter Polizeiaufgebote in den einzelnen Städten Schlesiens hat sich die klassenbewußte Arbeiterschaft nicht hindern lassen, ihren Willen zur Tat zu zeigen.

Für das Schneekoppenmeeting wollen die Deutschvölkischen diesseits und jenseits der Grenze auch erscheinen.

Kommunisten, Sympathisierende, Arbeiter, zeigt Eure geschlossene Kampffront dem internationalen Schiebergesindel, welches auf dem Riesengebirge herumlungert und die Millionen verpraßt, die sie euch abgepreßt haben. Beweist den Faszisten euren harten Kampfwillen und beteiligt euch am internationalen Meeting auf der Schneekoppe. Keine Staatsgewalt kann euch hindern, einen gemeinsamen Ausflug nach der Schneekoppe zu machen.

Wir erwarten deshalb stärkste Beteiligung aller unserer Genossen und Sympathisierenden. Die Vorsitzenden aller Ortsgruppen des Riesengebirges haben den Aufmarschplan in Händen, mit ihnen wolle man sich in Verbindung setzen. In Zweifelsfällen sind wir zu Auskünften gern bereit.

Die Bezirksleitung KPD.

den Auftrag, die Kuh zu holen, die an einem Pflock angebunden auf dem einzigen Feldchen ihnen gehört, weidet, und befiehlt dem Jungen, den Schweinen den Trog hinzutragen, welchen sie mit Kartoffelabfällen gefüllt hat.

Sie wird wieder eifrig, da der Mann nach Haus kommt. Er hat den ganzen Tag die Erde bearbeitet, er scheint müde, und sie erkennt an seinem Blick, daß er sich in der kleinen weißen Herberge hatte aufhalten müssen, die an der Hauptstraße liegt. Das kleine Mädchen mag wohl den Tisch in Eile herrichten, die Holzlöffel und die geblümten Tassen; er wirft alles durcheinander und schimpft auf die Welt. Schließlich setzt man sich zu Tisch. Ein Teller Kohlsuppe und einige Teilschnitten von schwarzem Korn, welche die Mutter auf einer runden Schwarzblechplatte, die von drei Beinen getragen wird, abtrocknet, das ist das Alltagbrot, das man mit einem Schluck Most abschließt. Ohne die Zeit durch Niedersehen zu verlieren, in Hast einen Bissen verschlingend, denkt die Mutter schon daran, ihre Kinder zur Ruhe zu bringen. Nachdem sie sich ausgezogen hat, legt sie alle drei in eines jener merkwürdigen Betten, die man nur in der Bretagne sieht, und zieht eine Holzfläche vor, die sie vollkommen einschließt in den kleinen Raum, in dem sie eingebettet liegen.

Jetzt beginnt sich der Neugeborene wieder zu regen. Sie nimmt ihn in den Arm und indem sie sich auf die Ofenbank niedersetzt, reicht sie ihm die Brust. Es ist jetzt völlig Nacht geworden. Erhellt von einer Kerze aus Harz, die am Kaminbord befestigt ist, erscheint die Hütte noch viel kleiner und ärmer.

Der Mann, seine Tonpfeife rauchend, spricht allein. Er spricht von den nächsten Wahlen erzählt, daß er in der Herberge versprochen habe, für den Herrn Grafen zu stimmen, aber die Frau hört kaum auf ihn. Sie weiß, daß sie in bezug auf Politik keine eigene Meinung hat; sie denkt daran, daß sie, nachdem sie den Kleinen gestillt hat, das Geschirr waschen und die Sachen in Ordnung bringen muß. Danach muß sie hinausgehen und die guten Kleider von jedem einzelnen plätten; denn morgen ist Sonntag. Ihr Mann und die beiden älteren Kinder werden zur großen Messe gehen. Sie müssen dann ganz sauber angezogen sein. Sie selbst wird versuchen, zur Sechs-Uhr-Messe zu gehen, denn sie hat zu viel zu tun, und es gibt für sie keinen Sonntag.

Das Kind ist eingeschlafen. Die Frau blickt traurig um sich. Welche Zukunftshoffnung erscheint in ihren blauen Augen? Keine. Sie weiß, daß der Kleine, den sie eben wiegt, nicht der letzte sein wird, und daß ihm noch viele andere folgen werden, und sie stellt sich vor, daß nichts Gutes in ihrem Leben geschehen kann, außer der eintönigen Reihe ermüdender Tage, die beherrscht sind von der Furcht vor dem Gatten und dem Priester.

Verlassen wir diese traurige Hütte, verlassen wir diese Provinz, eine der ärmsten in Frankreich, und begeben wir uns in die „Ile de France", wo wir uns eine bessere Vorstellung vom Leben der großen Massen der französischen Bäuerinnen erwerben können.

Als Enkelin von Bauersleuten bin ich — es ist nicht lange her — zurückgekehrt zu dem kleinen Pachtgut, das ich als kleines Kind kannte und ich habe eine große Veränderung festgestellt im Vergleich zu dem Leben, das die Frauen hier vor dem Krieg führten.

Eine Familie, bestehend aus Vater, Mutter drei Töchtern und drei Söhnen, teilte unter sich die Arbeit so, daß sich die vier Männer um die Landwirtschaft, die Frauen ausschließlich um die häuslichen Arbeiten kümmerten: Haushalt, Küche, Brotbacken, Wäsche, Schneiderei, ebenso wie die Sorge um den Geflügelhof und das Melken der Kühe. Als der Mann und die beiden älteren Söhne zur Front fuhren, übernahm die Frau mit den Töchtern die Leitung des Pachthofes, indem sie sich an den Ackerbauarbeiten beteiligte. Sie leitete sie, versorgte die Tiere, striegelte die Pferde, fuhr das Futter ein, nahm an der Ernte teil, führte den Wagen, trug die Erzeugnisse zum Markt, speicherte die Ernte auf, kurz und gut, sie hatte saure Arbeit, aber einen guten Erfolg.

Seit der Rückkehr der Männer haben sie mehr Zeit und Muße. Sie benutzten also die müßige Zeit dazu, sich auszubilden und zu entwickeln. Die früher allmächtige Autorität des Gatten und der Brüder, die sie oft schlecht behandelt hatten, hat ganz merklich abgenommen. Weder die Mutter, noch die Töchter beugen sich wie früher vor dem „Gebot" des Vaters, sie denken nach, entgegnen mit Argumenten aus ihrer eigenen Erfahrung und haben eine Meinung. Gleichzeitig hat ihr religiöses Gefühl abgenommen. Aber sie sind noch weit davon entfernt, den geringsten Sinn für Politik zu besitzen.

Wir werden dieses Haus verlassen, nachdem wir hier den guten kommunistischen Gedanken zurückgelassen haben: er wird hier Boden fassen, wird wachsen.

Wißt ihr es, Genossinnen, was immer ihr Interesse erregt, ihre Augen leuchten läßt?

Es sind unsere Erzählungen von den Kämpfen der russischen Bäuerinnen und Arbeiterinnen.

Billige Dienstboten gesucht!

Unser englisches Bruderorgan gibt eine neue Methode bekannt, mit der man in England die Dienstbotenfrage lösen möchte. Eine Kommission wurde von der Regierung beauftragt, unter den Dienstboten eine Rundfrage über ihre Arbeits- und Lebensverhältnisse vorzunehmen. Man hoffte, ein so gutes Resultat zu erzielen, daß jeder einsehen würde, daß man die weibliche Erwerbslosenunterstützung streichen könne, da die Frauen ja alle „gute" Stellungen als Dienstboten erhalten könnten. Das Ergebnis der Rundfrage ist aber ein anderes gewesen. Die Verhältnisse, die sich aus den Antworten ergaben, sind so abschreckend, daß jetzt die Veranstalter der Rundfrage die Fragen und die Bearbeitung der Antworten vermutlich lieber aufgegeben hätten. Es ergab sich dasselbe Bild wie in allen „Kulturstaaten". Uebermäßige Arbeit — oft 14 bis 18 Stunden täglich — bei sehr geringer Bezahlung, schlechter Nahrung, erbärmlichen Wohnungsverhältnissen, unerträglicher Behandlung. Man kann sich also nicht wundern, daß es der englischen Bourgeoisie so schwer fällt, wie der in den anderen Ländern, Hausangestellte zu finden, die das alles zu ertragen gewillt sind.

Es zeigt sich wieder bei dem Resultat dieser Rundfrage, daß die Hausangestellten zu den Ausgebeutetsten der Ausgebeuteten gehören. Dem Lohnarbeiter bleibt nach seiner täglichen Schufterei ein wenn auch noch so kläglicher Rest des Tages, den er nach seinem Belieben ausfüllen kann. Wann ist die Hausangestellte frei von den Launen ihrer „Herrschaft?" Wann kann sie über sich verfügen, wie sie will?

Mit Recht stellt „The Workers Weekly", die Wochenzeitung der englischen kommunistischen Partei, fest, daß die Aufhebung der weiblichen Erwerbslosenunterstützung ein ungeheures Anwachsen der Prostitution bedeuten würde. Wenn auch vielleicht der Wunsch der Bourgeois-Damen nach gefügigen, billigen Dienstboten nicht erfüllt würde, weil den Arbeiterinnen dieser Frondienst als die schlimmste Hölle erscheint, so würde der Straßenmarkt für die Herren Bourgeois doch erheblich Zufuhr bekommen an frischer und infolge des erhöhten Angebots billiger „Ware". Die Gesamtarbeiterschaft muß sich gegen diesen Ueberfall zur Wehr setzen. Sie darf nicht dulden, daß die Frauen und Mädchen ihrer Klasse entweder zur Sklavin oder zur Prostituierten gezwungen werden, indem man ihnen auch noch den letzten kärglichen Unterhalt nimmt, der bei weitem nicht für die Erfordernisse des Lebens ausreicht. Die Frau hat dieselbe Pflicht, dasselbe Recht zur Arbeit wie der Mann. Schafft ihr Arbeit, und ihr braucht ihr keine Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Wenn ihr das nicht könnt, dann seid ihr verpflichtet, für ihren Unterhalt aufzukommen. Hände weg von der Arbeitslosenunterstützung für weibliche Erwerbslose!

Auf dem Trockenplatz

Meine Wäsche hing und ich saß auf dem Rasen. In meiner Nähe am Walde spielten 20 bis 30 Knaben. Auf einmal höre ich die Stimme eines älteren Mannes. Schöne Worte waren es nicht, die er an die Knaben richtete:

„Ihr Lumpen, ihr Verbrecher, den Ball bekommt ihr nicht wieder, den zerschneide ich."

Ich sprang in die Höhe, war im Nu bei dem Mann, der den Ball und ein Messer in der Hand hatte, und sagte ihm:

„Zum Zerschneiden des Gummiballes haben Sie kein Recht."

Dann wendete ich mich an die Kinder, sprach mit ihnen, beruhigte den kleinen Bengel von 9 Jahren, der aus Versehen den Ball in den Trockenplatz geworfen hatte. Der Alte stand neben mir, sah mich an, als wollte er mich fressen.

Nun sagen Sie mal, mein lieber Freund," redete ich ihn an; „waren Sie nicht auch einmal so ein kleiner Bengel?"

Keine Antwort.

„Warum nennen sie die ärmlich gekleideten, aber hübschen Jungen, Verbrecher und Lumpen?"

Jetzt kam die Antwort.

„Nu, die Väter von denen sind doch alle rot, und da werden lauter Verbrecher draus. Zu meiner Zeit war das anders.

Ich sagte darauf: „Da bin ich bloß froh, daß ich da noch nicht lebte."

Nun machte ich ihn darauf aufmerksam, daß er als Bub' besseres Essen bekommen habe und sicher nicht so elend ausgesehen habe, wie viele von denen; das gab er zu. Darauf verlangte ich von ihm, den Kindern den Ball zurückzuwerfen; die armen Kerle zu ärgern, die sowieso nichts von ihrer Jugend hätten, wäre nicht recht. Und siehe da, der Mann warf den Ball zurück. Die Kinder bedankten sich und stürmten fort. Ich ließ mich noch weiter in ein Gespräch ein; es stellte sich heraus, daß er Vater von neun Kindern war, seine Frau, die dazu kam, erzählte mir unter anderem, daß einer von ihren Söhnen nichts tauge, obwohl er kein „Roter" sei. Also sind die „Roten" nicht schuld daran.

Wir Genossinnen müssen vor allen Dingen versuchen, die Kinder für die Kindergruppen zu interessieren, damit sie nicht durch solche Rohheiten vergiftet werden.

Die Genossin

31. 7. 23. · Beilage zur Schlesischen Arbeiter-Zeitung · Nr. 176

Die Schwestern

Die Kanone sprach zur Glocke:
„Immer locke, immer locke!

Halt dein Reich, wo ich es habe,
Hart am Leben, hart am Grabe.

Strebst umsonst, mein Reich zu schmälern,
Bist du ehern, bin ich stählern.

Heute sind sie dein und beten,
Morgen sind sie mein und — töten.

Klingt mein Ruf auch unwillkommen,
Keiner fehlt von deinen Frommen.

Beite, statt uns zu verlästern,
Laß uns einig sein wie Schwestern!"

Drauf der Glocke dumpfe Kehle:
„Ausgeburt der Teufelsseele.

Wird mich erst der Rechte läuten,
Wird es deinen Tod bedeuten."

Christian Morgenstern.

Jede Arbeiterin muß die kommunistische Zeitung lesen!

Der Lohn der Arbeiterin ist von Tag zu Tag weniger wert. Schon vor dem Krieg war er kläglich niedrig. Heute reicht er nicht mehr zum Allernotwendigsten. Die Arbeiterin müßte mindestens einen solchen Lohn haben, daß sie damit wie vor dem Kriege leben könnte. Wie erreicht sie das?

Sucht die Arbeiterin Antwort in der bürgerlichen Presse, die von Stinnes aufgekauft ist, so erfährt sie die guten Ratschläge der Kapitalisten. Die behaupten, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter in der großen Not Deutschlands keine Forderungen stellen dürfen. Jeder müsse Opfer bringen. Der Besitz sei schon zu stark mit Abgaben belastet.

Arbeiter und Arbeiterinnen müßten die Hauptlast der Reparationen an Frankreich auf sich nehmen. — Daher die Parole: Abschaffung des Achtstundentages! damit die Arbeiterinnen noch mehr schuften müssen! Abschaffung der Erwerbslosen-Unterstützung, weil sie dem Kapital keine Profite bringt! Abschaffung der Getreideumlage, damit der Brotpreis die wahnsinnige Teuerung aller anderen Lebensmittel mitmacht! Abbau der Zwangsmietenordnung, damit das Grund- und Häuserkapital freie Bahn für den ungeheuersten Mietswucher bekommt.

Was sagt die „Volkswacht" als Sprachrohr der SPD.-Bonzenschaft? Und was sagen die anderen Zeitungen der Sozialdemokratie?

Sie erklären die notwendigen Streiks der Arbeiter und Arbeiterinnen um menschenwürdige Löhne für ungerechtfertigt, sie verhöhnen Arbeiterdelegationen, die sich um Hilfe und Unterstützung an ihre Vertreter, den Reichstag und in den Ministerien oder selbst an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund wenden. Sie sagen ihnen, sie mögen sich zum Teufel scheren und sie nicht bei ihrer Arbeit stören!

Worin besteht diese Arbeit? Als Antwort auf den Schrei der Arbeiterschaft nach den Löhnen, die mit der Teuerung Schritt halten, empfiehlt die sozialistische Presse — „Stabilisierung der Löhne". Die heutigen erbärmlichen Hungerlöhne sollen gesetzlich festgelegt werden. Diese Löhne haben nur noch — ein Viertel bis ein Drittel der Kaufkraft der Friedenslöhne; sie werden durch die stündlich steigende Teuerung unaufhaltsam weiter entwertet. Einen Friedensreallohn können nach der Meinung der SPD. die Kapitalisten, die Valuta-Schieber nicht bezahlen.

Was sagt die kommunistische Presse den Arbeiterinnen? Sie sagt: Ihr müßt Euch zusammenschließen zum Kampf für die Erhöhung der Löhne auf den Stand der Friedenslöhne. Ihr müßt durch die Kontroll-Ausschüsse dafür sorgen, daß die Lebens- und Bedarfsmittel zu erschwinglichen Preisen an die Arbeiterschaft verkauft werden. Ihr müßt durchsetzen, daß die Reichen die Lasten der Reparationen aus ihrer Tasche bezahlen!

Heraus mit der bürgerlichen und der sozialdemokratischen Presse aus den Händen der Arbeiterinnen!

Nur die kommunistische Presse vertritt rückhaltlos die Arbeiter-Interessen.

Lest und verbreitet die „Schlesische Arbeiter-Zeitung".

Wie muß sich ein Kommunist zu seiner Frau verhalten?

Der Kapitalismus unterdrückt nicht nur das Proletariat, sondern alle Werktätigen: die Intelligenz, die Beamten, den Mittelstand, die kleinen Bauern. Er unterdrückt selbst Schichten, die durchaus nicht sämtlich dem Proletariat, sondern zum Teil der Bourgeoisie angehören, so besonders die Frauen. Obwohl die Bourgeoisie, als sie noch eine revolutionäre Klasse war und selbst um die Macht kämpfte, die Freiheit der Frau, der Nation, der Kirche und noch viele andere Freiheiten als Kampflosungen herausgab, wagt sie es heute als reaktionäre Klasse nicht mehr, ihre eigenen Forderungen zu erfüllen, aus Furcht vor dem Nachstoßen der anderen, der proletarischen Massen, die diese ganze Gesellschaftsordnung bedrohen.

So wie der Kapitalismus nicht nur das Proletariat, nicht nur das gesamte Volk der Werktätigen, sondern auch die Frau unterdrückt, so muß ungefähr der Kommunismus nicht nur dem Proletariat, nicht nur den Werktätigen, sondern auch der Frau die Befreiung bringen.

Die Frau im kapitalistischen Staat ist unfrei, nicht weil das bürgerliche Recht sie benachteiligt (Verfügungsrecht des Mannes über das Vermögen der Frau, das ausschließliche väterliche Erziehungsrecht über die Kinder, die Bestrafung des außerehelichen Geschlechtsverkehrs der Frau usw.), sondern weil sie wirtschaftlich vom Manne abhängig ist. Die gesetzliche Benachteiligung der Frau ist nicht die Ursache, sondern die Folge ihrer wirtschaftlichen Unfreiheit. Die Frau, die nur leben kann, wenn ihr der Mann am Freitag das Wirtschaftsgeld aushändigt, ist von ihrem Mann abhängig, gleichgültig, ob sie länger und schwerer arbeiten muß als er. Genau wie der Proletarier vom Kapitalisten abhängig ist, wenn er auch noch so schwer schuften muß, wenn auch er allein Werte schafft.

So ist die Arbeiterfrau doppelt benachteiligt, das einemal als Proletarierin, das andermal als Frau. Nur wenigen Arbeitern kommt das voll zum Bewußtsein. Sie können es sich gar nicht anders vorstellen, als daß sie im Hause zu befehlen und die Frau zu gehorchen habe, daß die Frau alle Arbeiten des Haushaltes allein vollbringen müsse, mögen sie noch so schwer und zum Teil noch so schmutzig sein. Anstatt ihr einen Teil der Wirtschaftsarbeit abzunehmen, unterdrückt der Mann selbst die kleinsten freiheitlichen Regungen der Frau zur Selbstständigkeit.

Wenn bei der Erziehung Streitfragen aufkommt, behält er sich das Entscheidungsrecht vor. Er untergräbt die Autorität seiner Frau gegenüber den Kindern und impft schon den kleinen Jungen den Herrendünkel des Mannes gegenüber dem weiblichen Geschlecht ein, den er selbst besitzt.

In finanziellen Fragen, bei Anschaffungen, bei Wohnungsangelegenheiten, kurz überall, tritt er als der Herr und Richter auf.

Wenn die Proletarierin sich bemüht, sich über ihre Lage klar zu werden und sie zu ändern, tritt er dem entgegen: das seien keine „Weiberangelegenheiten", sie solle sich um den Haushalt kümmern! Dabei wird ihm bei jedem wirtschaftlichen und politischen Kampfe die unaufgeklärte Frau zu einer Fessel. So rächt sich oft und bitter diese Unterlassungssünde des Mannes an ihm selbst und seiner eigenen Klasse.

Die wirtschaftliche Versklavung der Frau bedingt auch ihre geschlechtliche. Der Mann betrachtet es nach alter Gewohnheit als eines der natürlichsten Rechte der Welt, daß er mit allen Weibern verkehren kann, daß aber seine Frau sich auf den ehelichen Geschlechtsverkehr beschränken muß. Wie verschiedene Vorkommnisse auch in der letzten Zeit wieder gezeigt haben, denken so nicht nur Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter, sondern auch viele Kommunisten. Während der Arbeiter gegen den Unternehmer ankämpft, nicht aus moralischen Gründen, sondern weil er leben will und seine Existenz bedroht sieht, während er für sich das Recht auf außerehelichen Geschlechtsverkehr beansprucht, einfach weil er die Macht dazu hat, verlangt er von der Frau eheliche Treue — aus Gründen der Moral, der Sitte.

Das ist eine der vielen Rückständigkeiten, die man selbst bei Kommunisten entdeckt und die wir bekämpfen müssen, wenn wir nicht Revolutionäre mit einer doppelten Moral, einer für die Männer und einer für die Frauen, sein wollen.

Unser Ideal ist weder ein schrankenloser Geschlechtsverkehr des Mannes oder der Frau, noch der freie eheliche Verkehr. Jedem Menschen soll es freistehen, mit dem Kameraden zusammenzuleben, an den ihn nicht nur eine

körperliche Lust oder ein finanzieller Vorteil bindet, auch der der materiellen Versorgung durch die Ehe, sondern mit dem er sich körperlich und geistig verbunden fühlt. Der Verkehr darf nicht an gesetzlichen Schranken der Ehe keine Grenze finden. Im Gegenteil ist es „unmoralisch" — wenn wir das Wort Moral gebrauchen wollen, anstatt zu sagen: es ist unsolidarisch gegenüber unserer Klassengenossin — es ist reaktionär — von einem Menschen zu verlangen, er solle mit einem anderen ehelich zusammenleben, obwohl er ihm körperlich oder geistig zuwider ist, und auf der anderen Seite dem Manne das Recht zuzubilligen, sich den Geschlechtsverkehr zu erkaufen, also die heruntergekommenen Geschöpfe der Prostitution als Ausbeutungsobjekte, als Ware zu behandeln. Dasselbe Verhältnis wie zwischen der Prostitution und ihrem Käufer, besteht in der Produktion zwischen Arbeiter und Unternehmer: die Arbeitskraft des Arbeiters wird vom Unternehmer gekauft. Wenn wir in der Produktion gegen die Behandlung eines Menschen als Ware, als Ausbeutungsobjekt ankämpfen, dürfen wir nicht selbst zum Ausbeuter eines Menschen herabsinken.

Die meisten Ehen werden geschlossen, während beide Teile noch voller Vorurteile sind und noch keine abgeschlossene proletarische Weltanschauung besitzen. Es ist nur natürlich, daß bei der Entwicklung eines der beiden Ehegatten zum Klassenkämpfer, zu einem freien, reifen, starken Menschen sich die Ehegatten geistig auseinander entwickeln und die Spannung so groß wird, daß ein weiteres Zusammenleben unmöglich wird, und eine Lüge für beide Teile wäre. Nur Spießer können in solchen Fällen ein Verbleiben der Ehegatten beieinander verlangen, weil das bürgerliche Recht und die bürgerliche Moral es fordern.

Daß die rückständigen Ansichten über die Vormachtstellung des Mannes gegenüber der Frau in unserer Partei so stark sind, liegt an der sozialen Zusammensetzung der KPD. Wir haben weit mehr Hausfrauen als Frauen aus dem Betrieb in unseren Reihen. Die Frau aus dem Betrieb, die sich selbst ihr Brot verdient, wird sich eine derartige Herrschaftsstellung des Mannes nicht gefallen lassen, mag ihr Mann auch noch so sehr auf dieses sein bürgerliches Vorrecht pochen.

Wir wissen, daß wir das Gedankenerbteil der Bourgeoisie, als sei der Mann zum Herrschen, die Frau zum Dienen geboren, nicht von heute auf morgen aus den Köpfen der Arbeiter heraustreiben werden, daß vielleicht erst die kommenden Generationen sich von all diesen Vorurteilen der bürgerlichen Gedankenwelt freimachen werden. Unsere Aufgabe als Kommunisten ist es jedoch, ob wir es erreichen oder nicht, auch hier an uns zu arbeiten, im Betrieb wie im Hause, um stark genug zu werden, das größte Werk der Menschheit durchzuführen: die Zertrümmerung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, den Aufbau der Welt der Arbeit.

Wie man Proletarierfrauen vom Klassenkampf ablenkt

Von Elvira K. (Breslau).

Wie man versucht, die Proletarierinnen vom Klassenkampf abzulenken, zeigen uns viele Tatsachen. In erster Linie sind es die kirchlichen Jungfrauenvereine, die ihre ständigen Kaffeekatschabende abhalten, in denen sie ihre schon ohnehin irregeleiteten Schäfchen mit frommen Traktätchen noch weiter vergiften. Mit Groll im Herzen müssen die Hüter der christlichen Ordnung sehen, daß die Kommunistinnen es sich zur Aufgabe gemacht haben, die notleidenden Proletarierinnen aufzuklären, die im Vertrauen auf die Kirche vergebens auf eine bessere Lebensmenge warten.

Da die Versprechungen auf den Himmel und den lieben Gott nichts mehr nützen, versucht man, die Proletarierinnen auf andere Weise an christliche Vereine zu ketten. Man veranstaltet Kinderfeste mit anschließender Geschenkverteilung. Woher bezieht man aber die Mittel zu jenen Geschenken? Man bringt sie durch Sammlungen auf, die größtenteils bei Proletarierfrauen vorgenommen werden. Das eingesammelte Geld wird von den Vorstandsdamen in Empfang genommen, die davon die Einkäufe besorgen. Wie sieht nun die Verteilung der Geschenke an die Kinder aus? Auf der einen Seite erscheinen die Frauen der reaktionären Beamten mit ihren gut gekleideten Kindern, auf der anderen Seite blasse Proletarierfrauen mit ihren Kindern, denen der Hunger aus den Augen sieht. Aller Augen warten nun darauf, wer wohl die schönsten Geschenke erhält. Die Proletarierinnen und ihre Kinder sind enttäuscht. Sie müssen zusehen, wie die wertvollsten Geschenke an die Kinder der gutgekleideten Damen verteilt werden. Die Proletarierkinder, die dringend einer Schürze oder eines anderen Kleidungsstückes bedürften, erhalten irgend ein minderwertiges, nutzloses Spielzeug, das bereits nach wenigen Minuten entzwei ist.

Proletarierfrauen, merkt ihr nicht, daß das alles Mittel zum Zweck ist, um euch vom Klassenkampf abzulenken, damit ihr nicht darauf kommt, einmal darüber nachzudenken, wer eure Ausbeuter sind und wer eure Kinder verhungern läßt? Proletarierfrauen, macht endlich die Augen auf, kämpft an der Seite eurer Männer, um eine Existenz! Bildet eine Einheitsfront mit dem kämpfenden Proletariat, damit ihr euren Kindern eine bessere Zukunft schafft, damit sie nicht mehr auf Almosen, die im Grunde genommen doch von euch bezahlt werden müssen, angewiesen sind.

Die Mißstände auf dem Breslauer Frühmarkt

Von F—n (Breslau)

Es wäre Pflicht der Breslauer Proletarierinnen, einmal die Mißstände, die auf dem Breslauer Frühmarkt herrschen, in Augenschein zu nehmen. Ebenso wäre es die Pflicht der Polizei, hier einmal einzuschreiten.

Es ist geradezu schändlich, wenn die Obstengroshändler das beste Obst aufkaufen, es nach Polen verschieben, weil sie dort noch größere Wuchergewinne erzielen als in Deutschland. Nur die minderwertige Ware bleibt in Breslau. Es wäre wirklich an der Zeit, daß hier eine energische Kontrolle einsetzt und daß ein Ausfuhrverbot für Obst erlassen wird. Auch dürften die Zwischenhändler nicht geduldet werden, die täglich die Preise in die Höhe treiben. Die Zwischenhändler verdienen in wenigen Minuten mehr, als die Kleinhändler, die den ganzen Tag auf der Straße stehen. Der Zwischenhandel ist seit Jahren schon der Krebsschaden, durch den die Preise hoch getrieben werden.

Die Frauen können nur durch die Unterstützung des Kontrollausschusses diese mißlichen Zustände auf dem Breslauer Frühmarkt beseitigen.

Der Kommunismus auf dem Lande

Von H. K. (Breslau)

Die Aufklärungsarbeit unter den Landarbeiterinnen hat begonnen. Schon vor einigen Monaten traten die Breslauer Genossinnen auf den Plan und versuchten, ihre Mitkämpferschar auf dem Lande zu vergrößern. Es wurden öffentliche Frauenversammlungen einberufen, um den Landarbeiterinnen ihr Elend vor Augen zu führen und um ihnen den Weg zu weisen, den sie zu gehen haben, wenn sie aus diesem Elend herauskommen wollen. In erster Linie wurde der Zusammenschluß der Landarbeiterinnen mit den Industriearbeiterinnen und Hausfrauen gefördert, denn nur durch die Zusammenarbeit können wir eine Kampforganisation schaffen, die uns einen Sieg in dem bevorstehenden Kampfe ermöglicht. Die Genossinnen, die auf dem Lande agitierten, bekommen oft zu hören, daß die Sozialdemokratische Partei sich nur auf den Stimmzettel stützt und viel Versprechungen macht. Wir Kommunisten wollen nicht Versprechungen machen, sondern die Landarbeiterinnen aufrütteln, daß sie mit uns kämpfen um eine neue Gesellschaftsordnung.

Vom Schimpfen

Von F—n (Breslau)

Eines Tages ging ich die Friedrich-Wilhelm-Straße entlang und beobachtete einige Frauen, die vor einem Gemüse- und Obstgeschäft standen und über die unerhörten Preise schimpften. Man hörte, daß man die Scheiben einschlagen müsse, dann würde die Ware schon billiger werden. Ich glaube, daß diese Worte nur von unaufgeklärten Menschen gesprochen werden können. Ich ging in die Mitte der Frauen und erklärte, dies sei nicht der geeignete Platz, mit Schimpfen können wir überhaupt nichts ausrichten. Ich fragte die Frauen, warum sie nicht in die Versammlungen kommen, dort könnten sie sich aussprechen, und dort könnte das Weitere beraten werden. Wir Frauen müssen uns zusammen tun, einen proletarischen Kontrollausschuß bilden. (Ist inzwischen in der Schießwerderversammlung am letzten Mittwoch geschehen; der Breslauer Kontrollausschuß bedarf aber der Unterstützung der breiten Masse. Die Red.) dann erst können wir gegen die Wucherer und Schieber vorgehen.

Es wird die höchste Zeit, daß sich auch die Hausfrauen zusammenschließen, um gemeinsam zu kämpfen, dann wird es uns um so eher möglich sein, unser gesetztes Ziel, die kommunistische Gesellschaftsordnung, erreichen.

Träumerei oder Klassenkampf?

In der sozialdemokratischen „Volkspresse" (Troppau) findet sich unter dem 18. d. Mts. ein Gedicht, dessen Verfasser nicht genannt ist und das nachstehenden Wortlaut hat:

Die Mutter.

Ganz Einsicht war die Mutter und Vertrauen,
als Gott in ihre enge Stube trat
und ungesehen von den Nachbarsfrauen
um ihres Leibes Neugebornes bat.

Das Kindlein, in des Leinen kühler Bleiche,
lag für das Weib in lauter güld'nem Licht
die andern sahen nur die kleine Leiche
und bargen in die Trauer ihr Gesicht.

Die Mutter lächelt aus Traum und Tiefe,
und streichelt die schmale Totenruh,
war es ihr doch, als wenn ihr Kind nur schliefe
beglückten Zeiten dieser Erde zu.

Die Sache ist entschieden niedlich ergreifend. Nur findet sie sich in einem Blatte, das gleichzeitig einen langen Artikel über das Wesen der kapitalistischen Presse veröffentlicht, worin es u. a. auch heißt, daß der Hauptzweck der kapitalistischen Presse darin besteht, die große Masse der proletarischen Leser von ihren wirklichen Klassenzielen abzuhalten und sie mit allerhand rührend-sentimentalen Geschmuse und Märchen einzuschläfern.

Was soll sich nun eine einfache Arbeiterfrau, die obiges rührende Gedicht in dem sozialdemokratischen Blatt liest, denken? Uebersetzen wir es doch einmal in gute Arbeiterprosa. Irgendwo lebt eine Proletarierfrau in größter Not und Sorge. Ihr Neugeborenes, das schon im Mutterleibe hungern mußte, ging an Hunger zugrunde. Kein Wunder. Nun tritt (und das ist ein Wunder, besonders wenn es von einem sozialdemokratischen Blatt festgestellt wird!) ausgerechnet der „liebe Gott" ungesehen von den Nachbarsfrauen (die wahrscheinlich in dieser Beziehung schon ein wenig skeptischer veranlagt und sicher keine Betschwestern sind!) in die armselige Proletarierstube.

Und merkwürdig, was der Rührseligkeitsdichter dieser armen Proletarierfrau anzudichten weiß: sie sieht ihr „totes Kind in lauter güld'nem Lichte" liegen! Ein schwacher Trost für Hunger und Elend, wenn Fieberträume solchen Zauber vermögen! Und es zeugt von der Bescheidenheit des sozialdemokratischen Dichters, daß er die arme Mutter auch noch lächeln läßt (ganz in Einsicht — denn bei diesen Herrschaften ist die Einsicht die Hauptsache!) aus „Traum und Tiefe."

Ja, das verfluchte Träumen! Es wäre Zeit, daß die Proletariermütter einmal munter würden, aber alle, und anstatt der wenig aussichtsreichen „Einsicht" und dem grenzenlosen Vertrauen auf den „lieben Gott" — der sie täglich mit der Hundspeitsche in den Händen der Ausbeuter züchtigt, den wirklichen und ganz realen Klassenhaß vorziehen würden! Den Proletariermüttern, die ihre Kinder vor Hunger und Elend schon in der Wiege zugrundegehen sehen, wird ganz gewiß ein wenig anders zumute sein, als der naive sozialpatriotische Dichter es sich vorstellt!

Was bezwecken eigentlich solche verwaschene rührselige Reimereien? Sollen die Arbeiterfrauen weiterhin „ganz Einsicht und Vertrauen sein, wie bisher, sollen sie „aus Traum und Tiefe lächeln", wenn ihre Kinder vor Elend zugrunde gehen, weil die Parasitenippschaft, die heute noch regieren darf, den Kindern des Proletariats den elenden Bissen Brot noch vom Mund wegstiehlt?

Bekämpfung der Prostitution in Sowjetrußland

Worte darüber zu verlieren, daß die Prostitution menschenwürdig und moralisch sei, erübrigt sich. Dies überläßt das Proletariat den scheinheiligen Bürgerlichen, die nicht erkennen können oder wollen, daß die Prostitution, zusammen mit tausend anderen „unmoralischen Dingen", tief in der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung selbst wurzelt und nur mit dieser ausgerottet werden kann. Die bürgerliche Gesellschaft erzeugt zwangsläufig die Prostitution und bedarf ihrer. Sie erzeugt sie durch das wirtschaftliche Elend, durch die Zerstörung der Familie, durch das Unmöglichwerden der Eheschließungen — aus wirtschaftlichen Gründen — und bedarf ihrer zur Befriedigung der perversen Wollust der Nichtstuer, die ihre Kräfte zu diesem Zwecke „anhäufen" dürfen. Es bedarf wohl keines näheren Beweises, daß die Zahl der Prostituierten mit dem Wirtschaftselend wächst, und daß es in bestem Falle scheinheiliger Selbstbetrug ist, hier die individuelle Schuldfrage aufzuwerfen.

Eben deshalb sind auch die Maßnahmen des bürgerlichen Staates gegen die Prostitution keine Maßnahmen. Sie müssen zwangsläufig an der Oberfläche bleiben, die äußeren Erscheinungen beschönigen, statt die Wurzel des Uebels anzufassen. Ja, noch mehr: die sittenpolizeilichen Maßnahmen der bürgerlichen Ordnung sind einzig und allein dazu geeignet, die Prostitution zu verewigen, der einmal „Gefallenen" den Weg zur arbeitenden Gesellschaft überhaupt zu verschließen, sie immer tiefer in den Sumpf zu stoßen. Was der bürgerliche Staat sonst auf sozialhygienischen und anderen Gebieten unternimmt, sind Palliative, um die „Schande" zu verdecken, aber keine Lösung. Von den Fällen, wo sich der bürgerliche Polizeiapparat der Prostitution als Spitzelorganisation bedient, soll diesmal nicht gesprochen werden.

Nur der Arbeiterstaat ist fähig, diese Begleiterscheinungen „kapitalistischer Kultur", nicht durch individuelle Verfolgung, sondern durch die Aufhebung der sozialen wirtschaftlichen Wurzel dieser Erscheinung auszurotten. Die tatsächliche, ökonomische Gleichstellung des Weibes, die ökonomische Ermöglichung des geregelten Geschlechtslebens, des Familienlebens, ist da der einzige Ausweg. Das im Dezember 1922 von der Sowjetregierung erlassene Dekret ist in dieser Beziehung richtunggebend. Dieses Dekret enthält u. a. folgende Bestimmungen: Die Gewerkschaften, Sowjets und sonstigen Behörden haben den infolge der schweren Wirtschaftslage unter besonders ungünstigen Verhältnissen lebenden Frauen ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden. Sie haben Produktionsgenossenschaften zu organisieren auf dem Gebiet der Industrie und Landwirtschaft, welche die Frauen beschäftigen können. Sie haben die Fachausbildung der Frauen durch systematischen Unterricht zu heben. Für die Arbeitslosen Frauen und Mädchen sollen überall gemeinsame Quartiere eingerichtet werden, damit keine obdachlos werde, da bekanntlich die Obdachlosigkeit oft zur Prostitution führen kann. In der Arbeiterjugend und der Roten Armee soll die aufklärende Propaganda gegen die Prostitution als eine der Arbeiter-Regierung unwürdige Erscheinung gesteigert und die gewerkschaftliche Ueberwachung der Lokale, wo die Arbeiterbevölkerung sich Ausschweifungen hingeben könnte, verschärft werden. Der Kampf gegen die Prostitution als Gesellschaftseinrichtung dürfte aber unter keinen Umständen zu einer Verfolgung der Prostituierten ausarten. Gleichzeitig werden Aufklärungsschriften über Geschlechtskrankheiten in großen Massen verbreitet.

Der Arbeiterstaat wird Prostitution durch die wirkliche Befreiung und Hebung der Frau, mit Hilfe der Gewerkschaften und der Frauenorganisationen selbst aufheben, sobald seine ökonomische Grundlage breit genug ist, um auch diese Arbeit voll und ganz verrichten zu können und die Wurzeln dieses Uebels auszurotten.

Die Kirche

Der kirchliche Glaube gestattet alles. Er erlaubt die Sklaverei, und in Europa und in Amerika war die Kirche die Beschützerin derselben.

Er erlaubt, sich durch die Arbeit der bedrückten Brüder ein Vermögen zu erwerben.

Er erlaubt, reich zu sein unter Lazarussen, die unter den Tischen der Schwelgenden umherkriechen, und er findet das sogar gut und billig, wenn man dabei ein Tausendstel für die Kirchen und Krankenhäuser opfert.

Dem Verbrecher seine Reichtümer vorenthalten, Menschen in Einzelhaft zu sperren, in Ketten zu fesseln, an Schubkarren zu schmieden, hinzurichten — alles das segnet die Kirche.

Seine ganze Jugend hindurch Unzucht zu treiben und dann eine dieser Unzuchten Ehe zu nennen und dazu die Autorisation der Kirche zu erhalten — ist erlaubt.

Vor allem ist erlaubt, zu töten, nicht nur, wenn man sich selbst, sondern auch, wenn man seine Aepfel schützt.

Man darf auch zur Strafe töten (Strafe bedeutet Belehrung — also zur Belehrung töten!) und vor allem darf und soll man im Kriege auf Befehl der Vorgesetzten töten; das ist sogar löblich, und die Kirche gestattet es nicht nur, sondern befiehlt es.

Leo Tolstoi.

Zur Frage der Abtreibungsparagraphen

Nicht nur in Deutschland, in allen kapitalistischen Ländern sieht das Proletariat im Kampfe gegen die Abtreibungsparagraphen. In der Nationalversammlung in der Tschechoslowakei ist ein Gesetzentwurf über Milderung des Gesetzes gegen Fruchtabtreibung eingebracht worden. Die Aussichten auf Annahme sind günstig. Der Gesetzentwurf bringt insofern eine Aenderung, als die Fruchtabtreibung, wenn sie nicht gegen den Willen der Schwangeren erfolgt, nunmehr mit einer Gefängnishaft von höchstens 3 Monaten bestraft werden soll. Frei bleibt nach dem neuen Gesetzentwurf in der Tschechoslowakei eine Abtreibung, wenn sie aus gesundheitlichen, eugenetischen oder sozialen Rücksichten unternommen worden ist, dann nach Vergewaltigungen und endlich bei Mädchen unter sechzehn Jahren. Neu ist die Einführung aus eugenetischen Gesichtspunkten, das heißt, eine erlaubte Fruchtabtreibung, wenn die Gefahr besteht, daß das Kind von den Eltern ererbte Krankheit geerbt hat. Nach der Begründung, die dem Gesetzentwurf gegeben ist, soll drückende Not, das Vorhandensein von schon drei Kindern, Existenzunsicherheit und unzulängliche Wohnungen genügen, um den Eingriff zu gestalten.

Zum ersten Male werden hier, neben den ja überall schon bestehenden medizinischen auch soziale Gründe für eine Fruchtabtreibung angeführt. Allerdings: drückende Not, Existenzunsicherheit und unzulängliche Wohnung sind sehr weitgehende Begriffe, die zum mindestens nicht objektiv vom Gericht, sondern subjektiv von dem Betreffenden selbst beurteilt werden müßten. Aber man sieht schon aus dieser kurzen Erwägung, wie lückenhaft auch dieser neue Gesetzentwurf ist und daß wahre Abhilfe gegen die jetzige Not der proletarischen Mutter nur geschaffen wird, wenn die Strafparagraphen gegen die Abtreibung vollständig ohne Einschränkung fallen, wenn die Abtreibung kostenlos von staatlich angestellten Aerzten ausgeführt wird und wenn gleichzeitig eine umfassende Schwangeren-, Mutter- und Säuglingsfürsorge eintritt. Diese drei einzig richtigen Wege sind in Sowjet-Rußland eingeschlagen worden. Es ist an der Zeit, daß die kapitalistischen sogenannten „Kulturstaaten, Rußlands Beispiel folgen.

Die französische Bäuerin

Von Madeleine Marx

Um sie ein wenig kennen zu lernen, wollen wir in ihr Haus treten, wollt Ihr, Genossinnen? Es ist eine bretonische Strohhütte, mitten in einer weiten Ebene, die entfernt an die russische Landschaft erinnert. Ringsumher dieses Häuschen stehen etwa zehn andere auf Erde gebaut, mit Stroh bedeckt. Durch ein einziges Fenster dringt das Tageslicht ein. Diese Hütten bilden das Dorf. Vor jeder Haustür liegt ein Düngerhaufen und eine schmutzige Lache.

In eine von ihnen treten wir auf gut Glück ein; es ist hier dunkel und die Luft sehr feucht; der Fußboden ist aus gestampfter Erde. Im Hintergrund des Raumes — er ist der einzige des Hauses — befindet sich der Feuerherd, breit, ganz verraucht. Auf ihm steht kochend, auf einem Feuer von Reisig, ein großer schwarzer Topf, der auf Kettenhaken befestigt ist. Hier hält sich die Bäuerin auf. Betrachtet sie! Sie ist bekleidet mit einem breiten Leinenrock und mit einem von schwarzem Velours eingeräumten Schnürleib. Die Füße stecken in strohgefütterten Holzschuhen. Ihre Haare sind unter einem weißen Kopftuch verborgen. Sie steht vornübergebeugt über eine große Holzmulde, in der sie einen aus Buchweizenmehl und Wasser bereiteten Brei rührt, der dazu dienen wird, den Kraustieg für das Mittagessen zu bereiten. Von Zeit zu Zeit erhebt sie sich, um mit geduldiger Hand ihr jüngstgebornes Kind zu wiegen, das in einer Holzwiege, die auf einem Schrank steht, neben ihr ruht. Oder sie wendet sich zu einer Kindergestalt, der eines anderen kleinen Kindes, drückt es an sich, streichelt den kleinen Kopf, der mit einer farbigen Haube bedeckt ist, und kehrt dann zum Herd zurück, indem sie mit großer Hast etwas Holz zulegt. Sie hat keine Zeit zu verlieren; es nützt nichts, daß sie bereits seit sechs Uhr früh auf den Beinen ist, es bleibt noch viel vor Einbruch der Nacht zu tun. Sie muß noch auf der Wiese die Wäsche ausbreiten, die sie im Fluß gewaschen hat, und es ist ein ganzer Trog davon voll. Dann muß sie Butter schlagen; vor allem aber muß das Mittagbrot fertig sein, wenn der Mann heimkommt, denn er ist lebhaft, leicht zornig und schlägt sie auch manchmal.

Eben kehren ihre beiden anderen Kinder von der Schule zurück. Sie waren seit dem frühen Morgen fort, da sie fünf Kilometer zu Fuß zurücklegen mußten, um den nächsten größeren Ort zu erreichen. Wenn sie jeden Tag in ein kleines Körbchen ein Stück Brot und eine Schnitte Käse packt, hat sie stets ein Gefühl der Genugtuung in dem Gedanken, daß wenigstens ihre Kinder anders sein werden als sie, die nicht einmal lesen und schreiben kann. Sie verteilt ihre Liebkosungen an die beiden Kleinen, aber der kleinen Tochter

Aus Breslau

Der Antifaszistentag

beschäftigt die bürgerliche und sozialdemokratische Presse. Die „Volkswacht" versucht die Kundgebung der revolutionären Arbeiter zu verkleinern und behauptet, daß vielleicht 2000 bis 4000 Personen in der Jahrhunderthalle gewesen sein können. Nun, der „Mißerfolg", von dem die „Volkswacht" fabelt, bestand darin, daß, wie unsere Saalkontrolle ergab, zirka 8000 Arbeiter an der Demonstration teilnahmen, trotz ADGB., „Volkswacht", Schupo usw. Die Tatsache, daß weit über 100 Arbeiter der Partei beitraten, beweist die Werbekraft des Antifaszistentages.

Selbst die „Neuesten Nachrichten" müssen eingestehen, daß unser Einfluß dauernd wächst. Sie heben hervor, daß zahlreiche Angehörige des ehemaligen Mittelstandes sich in der Jahrhunderthalle einfanden.

Recht erheiternd wirkt die Feststellung der „Volkswacht", daß nicht Demonstrationen, sondern nur Taten helfen können. Dies wagt ein Organ zu schreiben, daß seit Jahr und Tag dazu beiträgt, den Willen zur Tat und den Willen zur Macht im Proletariat zu töten.

Hat denn die „Volkswacht" und die VSPD. nicht immer, wenn wir zu Taten aufriefen, über kommunistische Parolemacherei gehöhnt?

Die einzig mögliche Tat, die es für die VSPD. und die „Volkswacht" gibt, ist doch immer nur die Forderung nach der Abgabe des richtigen Stimmzettels gewesen.

Es sollte uns indessen freuen zu hören, welche Tat die VSPD. jetzt von der Arbeiterschaft erwartet. Soll die Tat in der Zustimmung der sozialdemokratischen Arbeiter zur wiederbeginnenden Koalitionspolitik ihrer reformistischen Führer bestehen?

In sozialdemokratischen Versammlungen vor dem Kriege tauchte ein zwischen VSPD. und Demokratie pendelnder typischer Versammlungsschwätzer Stahl auf, der gewohnheitsmäßig jede Rede mit dem Zitat schloß:

„Der Worte sind genug gewechselt, nun laßt uns endlich Taten sehn."

Worin die Taten bestehen sollten verriet Herr Stahl grundsätzlich nicht. Wir glauben annehmen zu können, daß die „Volkswacht" unsere Frage nach der Art der von ihr geforderten Tat wird ebenso wenig beantworten können, wie jener zitateneifrige Herr Stahl seligen Angedenkens.

Die Mieten im August
Die 1050fache Friedensmiete

Der Magistrat schreibt:

„Die mit erschreckender Geschwindigkeit fortschreitende Entwertung der Mark macht leider schon wieder eine Aenderung der Zuschläge zur Grundmiete auf Grund des RMG. notwendig. Die Löhne haben auf fast allen Arbeitsgebieten Vervier- und Verfünffachungen erfahren (?), die Preise für Baustoffe sind in ungeahntem Maße gestiegen. Daß mit den Mietszuschlägen, die für Juli festgesetzt werden konnten, im August nicht mehr die Erhaltung der Häuser gesichert werden kann, liegt auf der Hand. Der Minister für Volkswohlfahrt hat sich nunmehr der Erkenntnis nicht mehr verschlossen, daß auch die Mieten der Geldentwertung rascher angepaßt werden müssen, wenn eine ordnungsmäßige Erhaltung und Verwaltung der Hausgrundstücke erreicht werden soll. Die nach dem Reichsmietengesetz festzusetzenden Zuschläge werden künftig gleitende Sätze sein, die mit der Geldentwertung gewissermaßen automatisch fortschreiten, sich erhöhen oder erniedrigen. Da die Baustoffe nicht immer ein klares Bild der Preisbewegung zeigen, große Preissprünge nicht selten sind, und sie oft schneller als die Löhne steigen, andererseits auch bei den laufenden Instandsetzungen die persönlichen die sächlichen Ausgaben übersteigen, sollen die Zuschläge, wie sie Ende Juni für den Monat Juli festgesetzt wurden, den Tariflohnerhöhungen des Baugewerbes folgen. Die Erhöhung dieser Löhne seit Ende Juni bis heute beträgt rund 432 Prozent. Die Sätze für Verwaltungskosten mußten daher auf rund das 100-, 110- und 120fache, der Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten auf das 600fache, die Höchstgrenze des Zuschlages für große Instandsetzungsarbeiten auf das 200- bzw. 400fache der Grundmiete festgesetzt werden.

Im Einverständnis mit der Mehrheit der Mieter- und Vermietervertreter wird ferner für den Monat August ein Betriebskostenvorschuß in 300facher Höhe der Grundmiete vom Magistrat festgesetzt, um auch den erhöhten Gebühren für Gas, Wasser und elektrischen Strom Rechnung zu tragen. Unter Berücksichtigung aller dieser Erhöhungen ist für den Monat August mit einer Miete in ungefähr 1050fachem Ausmaße der Friedensmiete zu rechnen."

Auch wir sind der Ansicht, daß bei wachsender Geldentwertung auch eine Erhöhung der Mieten unvermeidlich ist. Wenn aber der Magistrat zur Begründung der Erhöhungen auf die „Lohnerhöhungen" hinweist, so muß dem gegenübergehalten werden, daß diese Erhöhungen Senkung des Reallohnes bedeuten. Für die meisten Arbeiter bedeutet die Steigerung der Miete weitere Verkürzung und Verschlechterung der ohnehin schon unerträglich schlechten Lebenshaltung. Das trifft natürlich noch in weit stärkerem Maße auf alle diejenigen notleidenden Schichten der Bevölkerung zu, deren Einkommen nicht dem Index laufend angepaßt wird.

Es muß daher verlangt werden, daß Sozialrentner, Kriegsinvaliden, Witwen, Erwerbslose von den Erhöhungen befreit werden.

Ferner verlangen die Mieter mit Recht, daß der Reparaturstreik, den zahlreiche Breslauer Hausbesitzer noch weiter betreiben, aufhört und die notwendigen Reparaturen endlich vorgenommen werden.

Wenn der Magistrat so für die Erhaltung des Wohnbestandes besorgt ist, muß er zu allererst hier eingreifen und Abhilfe schaffen.

Aus der Provinz

Weitere Erfolge bei den Metallarbeiterwahlen

Reichenbach (Schlesien).

Wahlen zum Metallarbeiter-Verbandstag: SPD.-Kandidat Knorr 1 Stimme, Opposition Rudolf (Weißwasser) 24 Stimmen.

Trebnitz

Aus der Partei. Am 21. Juli hielt die KPD., Ortsgruppe Trebnitz, im Konzerthaus eine Mitgliederversammlung ab, zu der auch Mitglieder der SPD. eingeladen waren. Als Referent erschien Genosse Brehm aus Prausnitz. Er schilderte den Ernst der jetzigen Zeit und forderte das Proletariat auf, gemeinsam Schulter an Schulter am 29. Juli gegen die Faszisten zu demonstrieren, um dem arbeiterfeindlichen Gesindel zu zeigen, daß die arbeitende Bevölkerung nicht gewillt ist, sich von ihm knechten zu lassen. Als Genosse Thiel, Führer der SPD., gefragt wurde, ob er bereit ist, gemeinsam mit uns den Antifaszistentag mit uns zu begehen, gab er zur Antwort, daß er allein, ohne mit seinen Breslauer Parteigenossen Rücksprache genommen zu haben, keine Entscheidung treffen könne. Er hat sich Bedenkzeit aus, und da er am 27. Juli zu einer Konferenz der SPD. in Breslau anwesend sei, würde er die Sache zur Sprache bringen.

Das Trebnitzer Proletariat wird auch ohne die Führer der SPD. gemeinsam mit uns die Reaktion bekämpfen. — Der Erfolg der Versammlung war ein guter. Es wurden einige Parteimitglieder und einige Abonnenten gewonnen.

Altwasser

Oeffentliche Volksversammlung. Die Ortsgruppe Altwasser der KPD. hielt am Freitag, den 27. Juli, eine öffentliche Volksversammlung ab. Genosse Kinitscher referierte über das Thema: „Welche Gefahren bringt der Faszismus der gesamten Arbeiterschaft." Die Ausführungen des Genossen Kinitscher zeigten der Arbeiterschaft von Altwasser den Weg, den sie gehen muß, wenn sie nicht im Elend verkommen will.

Die Versammlung war, trotzdem wiederum die Schupobeamten die Plakate von den Anschlagsäulen abgekratzt hatten, gut besucht. An der Aussprache beteiligten sich drei Mitglieder der sozialdemokratischen Partei. Alle sprachen im Sinne des Referenten und sagten, es sei notwendig, daß vom Ortsausschuß des ADGB. in Waldenburg die Bildung proletarischer Hundertschaften sofort vorgenommen wird, und erklärten sich mit dem Demonstrationszug nach Waldenburg einverstanden. Sie richteten ferner an die Versammlung den Appell, sich zahlreich zu beteiligen. Außer dem Literaturumsatz wurden 71 000 Mark zur Stärkung des Kampffonds gesammelt.

Nassiedel

Vorwärts trotz alledem. Am Sonntag, den 22. Juli, fand eine Volksversammlung der KPD. in Nassiedel statt. Der Genosse Markgraf konnte wegen den Gleiwitzer Vorgängen nicht erscheinen. Die Versammlung wurde trotzdem abgehalten. Genosse Bruno Krönner aus Nassiedel sprach in kurzen, kernigen Worten über die politische und wirtschaftliche Lage. Sein Vortrag wurde beifällig aufgenommen, und die Versammlung endete mit einem vollen Erfolg für die KPD.

Es wurden 30 Mitglieder aufgenommen. Mit einem Hoch auf die KPD. wurde die prächtig verlaufene Versammlung geschlossen.

Betrieb ~ Gewerkschaft

Textilarbeiter, Textilarbeiterinnen!

Am 4. August findet die Wahl zur Verbandsgeneralversammlung statt. Wenn Du nicht wählst gehst, so arbeitest Du dadurch Deinen Feinden in die Hände. Gib Deine Stimme dem Kandidaten der Opposition.

Arbeiter und Arbeiterinnen in Langenbielau

Es ist höchste Pflicht, daß sich die Arbeiter bewußt werden, welch große Aufgaben die Gewerkschaften im Existenzkampf des Proletariats zu erfüllen haben. Wir selbst haben dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaften das werden, was sie sein sollen, Klassenkampforgane. Am Freitag findet in Langenbielau in Dinters Gasthaus eine öffentliche Versammlung statt von der Fraktion der oppositionellen Textilarbeiter, in der Genosse Reichel-Langenbielau über das Thema: **„Die Aufgaben der Gewerkschaften im Kampfe des Proletariats und die Pflichten der Arbeiter gegenüber der Gewerkschaften"** sprechen wird. Zu dieser Versammlung sind sämtliche freigewerkschaftlichen Arbeiter, ganz besonders sämtliche Textilarbeiter sowie die Mitglieder der beiden sozialistischen Arbeiterparteien eingeladen. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters und Arbeiterin, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Die Fraktion der Oppositionellen Textilarbeiter Langenbielau.

Zum Kampf der Metallarbeiter in Breslau

wird uns von einem Streikenden der L. H.-Werke geschrieben:

Schon oft haben die Verhältnisse gezeigt, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer die kampfeswilligen Arbeitermassen nicht zu führen imstande sind. Sie, die immer gern von politischen Säuglingen und Kindsköpfen reden, wenn sie gegen Kommunisten kämpfen, versagen vollständig, wenn es gilt, ernsthafte Kämpfe zu führen. Die Unentschlossenheit und Halbheit mit der sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführer seit Jahren den Verhältnissen gegenüberstehen, macht sich stark in der Führung der Metallarbeiterstreiks bemerkbar. Man möchte glauben, die Breslauer Führer hätten aus dem Kampf der Berliner Metallarbeiter gelernt. Aber weit gefehlt. Man will ja gar keinen Sieg. Der Reallohn soll ja gar nicht erhöht werden. Leere Worte sind es, wenn man vom Kampf um einen höheren Reallohn spricht. In der letzten großen Mitgliederversammlung des Metallarbeiterverbandes wurde doch von einem Mitglied des Hauptvorstandes betont, „daß in absehbarer Zeit nicht an Goldlöhne oder Friedensreallöhne heranzukommen ist". Also weiter hungern, damit die dicken wanstigen Schieber mit ihren Weibern eine richtige Badezeit genießen können. Proleten können ja an der Oder spazieren gehen.

Hatten schon die Berliner Gewerkschaftsstrategen Angst, die gesamte Metallarbeiterschaft in den Kampf zu führen, so ist den Breslauer Bürokraten erst recht das Herz in die Hosen gefallen. Ein tiefes Wehmutsgefühl mag wohl den Busen der „Verantwortungsvollen" durchziehen, wenn sie ihre Theorie, „von der friedlichen Entwicklung" als eine Seifenblase platzen sehen. Alle Ränke werden angewandt, um ja dem Kampf ein schnelles Ende zu bereiten. Die Metallarbeiter haben am Freitag bewiesen, daß sie kein Hungerangebot annehmen. An die 80 Prozent stimmten abermals gegen das erzielte Resultat. Die Art und Weise, wie das Angebot der Unternehmer den Arbeitern als ein Erfolg hingestellt würden ist ein Meisterstück der Demagogie in der Form eines Flugblattes. Nachdem man die allermöglichsten prozentualen Zuschläge auf eine Hun-

Das Metall der Tolna

Roman von Concha Espina

Copyright 1922, Verlag W. J. Mörlins, Berlin

21]

Der Wächter grüßt mit einer leichten Kopfbewegung und wendet sich wieder nach dem kleinen Zelt, in dem er auf der Lauer liegt.

Er ist ein junger Mann, der sein Amt mit Widerwillen zu versehen und das Terzerol nicht mit Lust zu tragen scheint.

Mit einer Handbewegung auf ihn deutend, murmelt Vicente:

„Wir sind gute Freunde; er erfüllt seine Pflicht nicht mit Begeisterung. Bevor er zum Militär kam, hat er als Holzfäller gearbeitet, und er hält es mehr mit den Arbeitern als mit dem Werk."

Gemächlich suchen sie ihren Weg; die Atmosphäre glüht; die Höhlung der Sonne brennt gerade wie ein Vulkan. Gabriel fragt voll Teilnahme nach dem verunglückten Arbeiter.

„Er hatte die gleichen Vorzüge wie du," erwidert der Vater; „er war edel und männlich. Zwanzig Monate ist das Unglück her, im Herbst wäre er fünfundzwanzig Jahre alt geworden. Ich habe keinen Sohn weiter. Von meinen beiden Töchtern ist eine mit einem sehr jähzornigen Korduaner verheiratet, der in den Gießereien Heizer ist; sie leben in Nerva. Die andere seht ihr hier; das ist die, welche mir nützt und hilft; sie heißt Casilda..."

Vicente Rubio hat ein lebhaftes Mitteilungsbedürfnis; im Erzählen findet er Trost, und wenn er sich erleichtern kann, so erhellen sich seine oft von Tränen getrübten Augen. Er ist noch nicht so alt, wie er scheint; trotz seiner zwölf Lustren hätte er bei seiner Rüstigkeit noch jugendlich wirken können, hätte ihn das Leben nicht an Leib und Seele so schwer belastet.

Aber er geht sehr gebückt; seine Rippen tragen schon seit frühester Jugend die Bürde des Gesteins. Er ist in den Gruben Knappe gewesen, dann Schlackenträger, Mineralförderer, Maschinist an den Bohrmaschinen, Gast des Hospitals mit Wunden, Fiebern, „Kupferkolik", Verrenkungen, „Tunnelkrankheit", Entkräftung. Er hat seine Gesundheit in den Schlackenhaufen und Schächten gelassen, und seine Lebensfreude hat ihm der Bergsturz zerstört, bei dem sein Sohn umkam.

Heftiger als je leidet er heute unter seiner Unzufriedenheit, seinen Mißerfolgen, dem unwiderruflichen Zusammenbruch aller seiner Hoffnungen. Er ist ein Aufrührer geworden und gehört zu den Unruhstiftern, den Protestlern, den Weltverbesserern; er hat Einfluß bei einer neugebildeten Sozialistengruppe und setzt sich mit der Autorität seines Alters, den Sympathien, die ihm sein Charakter erwirbt, und der in langer Sklaverei erworbenen Erfahrung für sie ein. Ein ausgeprägter Sinn für Gerechtigkeit und Freiheit lebt in diesem Mann mit religiöser Glut und reiner Uneigennützigkeit. Weder er selbst noch seine Kinder werden die Früchte genießen, die daraus erwachsen können; aber er arbeitet voll teilnahmsvoller Fürsorge für die anderen. Und auch in dieser Stunde drückt sich seine Apostelmission in dem Wohlwollen aus, das er den beiden Fremden bezeigt, in dem Eifer, mit dem er ihnen entgegenkommt und sie aufnimmt.

Sie gehen weiter durch das öde Flachland, das zum Berge führt, und erblicken die schmale Ebene, auf der der geschmolzene Schwefeleisenkies abgelagert ist und von wo aus sich die Röhren, die an der oberen Oeffnung der Schachtöfen den Ruß gesammelt haben, bis zum Gipfel hinziehen. Sie sehen wie ungeheure Schlangen aus, die in der Sonne schlafen; schwarz und glänzend winden sie sich über die rote Trockenheit des Felsens und suchen tastend in ihren Krümmungen das große Hauptfaß, das sich, mit Funken und Rauchwolken überdeckt, am Gipfel öffnet wie ein Kraterspalt.

„Wenn der Wind vom Meere kommt" — sagt Vicente Rubio auf den Damm deutend, den der ungeheure Schornstein ausspeit, — „so kann kein Mensch hier atmen, und an den Oeffnungen der Schmelzöfen noch viel weniger; denn dann senkt sich der arsenhaltige Rauch und die Schmelzer ersticken unter den Glocken."

Dann erzählt er einige Geschichten, die von vergangenen Zeiten handeln. Er kann sich noch sehr gut daran erinnern, wie man einst den Schwefeleisenkies in Haufen zu Tausenden Erzes an der freien Luft dörrte, als sich eine Decke von Ruß wie ein Leichentuch von dieser Stelle hier bis zur portugiesischen Grenze über Baum und Strauch breitete; diese Feuersbrünste verwandelten jährlich über zweihunderttausend Tonnen Schwefel in schweflige Säure.

„Mit Gärten und Wäldern ist es im Gebirge zu Ende!" klagt der Bergmann, der sich als Landbewohner fühlt.

Und alle wenden den Blick voll Unruhe zurück auf das langgestreckte Tal, das Luzifers Namen trägt, in das die Gießereien sich geflüchtet haben und in dem die Laboratorien und Siebwerke, die Elektrizitätswerke und Wasserbecken der Zementfabrik Nahrung finden.

Der furchtsame Häuserhaufen dehnt sich in der Nähe der Straßen zwischen Verladeplätzen und Stapeln von Brennstoffen, Eisenbahnmaterial, Geräten und sonstigem Zubehör, die in Brummen und Schwirren, in Staub und Gas gehüllt sind. Die Dächer von Kristall und Zink, die offenen Schuppen, die freundlichen Fenster; sie alle lachen — prasselnd und gefräßig — das zerfressene Herz der Oefen fehlen. Alles brüllt und zittert in den düsteren Werkstätten, und Gabriel fühlt ein beklemmendes Stechen bei der Erinnerung an eine ähnliche Arbeit, die er in anderen Bergwerken verlassen hat.

„Was haben sie hier für eine Arbeitszeit?" fragt er, auf die schon ferne liegende Gießerei deutend, die hinter der schwarzen Masse der Schlacken fast verschwindet.

„Achtstündige Schicht."

„Und was für Lohn?"

„Sechzehn bis zwanzig Reale..."

Die degenerierten, schwächlichen Zwergpalmen verdorren auf den glühenden Felsen, die zum Dorf führen. Die Dämmerung breitet ihre ersten Schatten über das Tal, alles Licht sammelt sich auf den Gipfeln und gleitet in fieberischem Glanze über das öde Bergland.

Thor, dessen Hunger gestillt ist, geht zerstreut und matt neben dem jungen Mädchen her und macht sich die Enge des Weges zunutze, die sie nötigt, paarweise zu gehen. Er möchte gerne höflich sein und sagt ein paar harmlose Worte, und Casilda hört ihm mit ihrem kühlen, reinen Ausdruck zu, die Augen im Schutz der Wimpern zu Boden geschlagen.

Der Vater beklagt noch immer das durch die traurige Verwüstung unfruchtbar gewordene Land.

„In diesem Teil der Sierra Morena hat die Schwefelverbrennung weder ein Nest, noch eine Blume, noch ein Heilkraut gelassen!"

Es war, als wolle die Landschaft zur Antwort auf diese Klage ihre ganze, schmerzerfüllte Seele entfalten. Im fernen Abgrund laufen Flammen und Staub, und nicht ein Flügelschlag zerteilt den Wind der Höhe; die Sonne ist dort, wo der Grubenbau sich durch das dumpfe Brausen eines Kataraktes ankündigt, hinter den Berg getaucht. Das Oedland liegt im Dunkel.

(Fortsetzung folgt.)

verdiener von 18 000 Mk. schlägt, erhielt ein verheirateter Handwerker mit mehr als 2 Kindern einen Stundenlohn von 28 000 Mark.

Den Akkord hat man bereits mit in diese Summe eingerechnet. Nachdem man also die Arbeiter wissentlich belogen hat, schreibt man: „Das Ergebnis bringt Verdienste, die mit den in anderen Städten gleich liegen. Sind auch nicht alle Wünsche voll erfüllt, so glauben wir doch die Annahme des Ergebnisses empfehlen zu sollen." In grohem Fettdruck schreibt man weiter: **„Prüft ruhig und entscheidet ohne Beeinflussung."**

Ist dieses gewundene Geschreibsel, diese offene Empfehlung keine Beeinflussung zur Kapitulation vor den Kapitalisten? Diese Schmierfetzen müssen genau so bekämpft werden wie die Unternehmer. Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie diese „Empfehlungen" satt haben. Nun ist es auch an der Zeit, daß endlich schärfere Maßnahmen ergriffen werden, um den Streik wuchtiger zu machen. Die Forderung nach Stillegung der zur Metallindustrie gehörenden Elektrizitätswerke muß unbedingt durchgeführt werden. Die kleinen Betriebe müssen restlos herausgeholt werden. Der ADGB. hat sofort eine großzügige Unterstützungsaktion bei den in Arbeit stehenden durchzuführen. Billige Lebensmittel, Verpflegung der Kinder mit Milch und Speisung der Schulpflichtigen durch den Magistrat, muß als eine Stärkung der Kampffront betrachtet und vom Magistrat gefordert werden. Von verschiedenen Abteilungen wurden bereits Resolutionen in diesem Sinne angenommen. Die kommunistischen Vertrauensleute und Betriebsräte müssen sich darum kümmern, was aus diesen Resolutionen wird. Hat die Streikleitung schon dazu Stellung genommen? Wenn nicht, dann muß es sofort geschehen. Bringt die Breslauer Metallarbeiterschaft nicht die Kraft auf, ihre Instanzen zu einer schärferen Taktik zu zwingen, dann wird man sie hinter ihrem Rücken, so wie man es jetzt schon gemacht hatte, verschachern und dem Kampf das Genick brechen. Diesem muß begegnet werden, indem mehr als bisher von den Arbeitern zu dem Streik Stellung genommen wird. Aufgabe unserer kommunistischen Metallarbeiter ist es, in den Streikversammlungen die Schliche aufzudecken, mit denen man die Arbeiter fangen will.

Die übrige Breslauer Arbeiterschaft muß durch Solidaritätsaktionen zu erkennen geben, daß sie gewillt ist, die Streikenden mit allen Kräften zu unterstützen.

Faszistische Gewerkschaftspropaganda

macht sich seit einigen Wochen auch in Breslau breit. Die Propaganda wird hauptsächlich unter den Eisenbahnbeamten betrieben und von den höheren Dienststellen begünstigt. Uns liegt ein Flugblatt des „Reichsbundes der völkischen Kampfgenossenschaften" vor.

Schon der Titel bedeutet Bauernfängerei. Denn die völkischen Arbeiter- und Angestelltenverbände sind nicht einmal Gewerkschaften, geschweige denn Kampfgenossenschaften. Es sind nichts anderes als von den Unternehmern bezahlte Organisationen, welche nur dazu bestimmt sind, der Arbeiterschaft bei ihren Kämpfen in den Rücken zu fallen. Durch ein paar Phrasen gegen das „internationale Judentum", das „Börsenkapital" usw. soll der reaktionäre Charakter der „Kampfgewerkschaften" verschleiert werden. Das ganze Machwerk ist freilich so plump, daß jeder nicht auf den Kopf gefallene Arbeiter den Schwindel durchschaut. Einige Forderungen, aus dem von allen Parteien zusammengestohlenen sogenannten Programm mögen genügen:

„Die völkischen Gewerkschaften fordern die gesetzliche Anerkennung und den Schutz des naturrechtlichen persönlichen Eigentumsrechts des Unternehmers an den Produktionsmitteln und der Produktionsstätte, fordern aber die grundsätzliche Wucherbekämpfung des internationalen Leihkapitals durch Festsetzung eines Höchstzinsfußes mit gesetzlicher Tilgung durch den Zins (Amortisation) für jedes Leihkapital."

Im ersten Teil des Satzes wird also klipp und klar die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Geldsackwirtschaft gefordert. Der hinkende Nachsatz von der „grundsätzlichen Wucherbekämpfung" ist nur Bauernfängerei. Weiter besagt das Programm:

Im Kampf um ihre wirtschaftliche Gleichberechtigung bedienen sie sich aller gesetzlichen Mittel, bekennen sich jedoch zu dem Grundsatz, daß die von den internationalen Klassenkampfgewerkschaften bisher benutzten Mittel wie Streik, Terror, Boykott usw. überwunden und ersetzt werden müssen durch Schaffung eines deutschen Arbeitsrechts und von Arbeitsgerichten. Sie werde sich für die Erkämpfung dieses Zieles mit aller Entschlossenheit einsetzen.

Hier ist die Maske gelüftet und die Schminke verweht. Hinter den völkischen „Kampfgewerkschaften" grinst die Fratze der Gelben. Nicht schlecht ist der Spaß mit dem Arbeitsrecht. Als ob die Arbeiter nicht gerade die Nase voll hätten von den sogenannten unparteiischen Schiedsgerichten, deren Sprüche größtenteils Lohnsenkung und verschärftes Hungerelend bedeuten.

Nein, auf diesen Kalmus, Herr Fahrenhorst, piepen die Arbeiter nicht!

Die Ausgaben für Druck und Papier sind vergeblich gewesen, Herr Fahrenhorst aus Berlin-Charlottenburg, Kaiserdamm 9, zahlt schließlich nicht den Schwindel, sondern irgend ein Konzern, daß die Papier- und Druckkosten auf das Utensilienkonto verbucht.

Ein SPD.-Betriebsrat als Streikbrecher

In Lauban standen die Transportarbeiter im Streik. Einige Kollegen des Niederschlesischen Eisenwerkes sollten am Bahnhof das Abladen von Eisenbahnwaggons vornehmen, was aber von den Kollegen von vornherein als Streikbrecherarbeit abgelehnt wurde. Die Betriebsleitung erklärte, daß über diese Angelegenheit mit dem Betriebsrat verhandelt worden sei, und daß letzterer sein Einverständnis zu dem Abladen gegeben habe. Dieses Einverständnis des SPD.-Betriebsrates Adam mußte aber auf Druck der Streikleitung rückgängig gemacht werden, und der Betriebsrat wurde durch die Streikleitung verständigt. Am 17. Juli fand eine Betriebsversammlung statt, in welcher zu dieser Streikbrecherarbeit Stellung genommen wurde. Ein Antrag, welcher besagt, daß die Streikbrecherarbeit abzulehnen ist, **wurde einstimmig von der Belegschaft angenommen.** Zu diesem Beschluß erklärte der Chef, daß, falls die Waggons am Bahnhof nicht ausgeladen würden, der Betrieb am nächsten Tage geschlossen würde. Auf diese Erklärung hin fand eine zweite Betriebsversammlung statt, in welcher der Beschluß der Belegschaft aufrecht erhalten wurde. Am nächsten Tage erfolgte die Aussperrung der gesamten Belegschaft. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß nur drei Tage gearbeitet wird. Die zwei Tage, die die Kollegen ausgesperrt waren, sollten bezahlt werden, da ein Tarifbruch vorliege. Nun sollte erst das Schiedsgericht entscheiden. Der Bezirksleiter des Transportarbeiter-Verbandes, Truhn (Görlitz), erklärte, daß er nicht wisse, wie das Schiedsgericht entscheiden werde, ob die zwei Tage bezahlt werden oder ob sie rausgearbeitet werden müssen. Nach dem Verhandlungsergebnis wurde die Arbeit wieder aufgenommen (Streikbrecherarbeit nicht). In der Verhandlungsversammlung hielt Truhn ein kurzes politisches Referat, in welchem er besonders auf die Faszistengefahr hinwies und erklärte, daß gerade Lauban ein Hort der Faszisten sei. Die SPD.-Größen in Lauban müßten sich das hinter die Ohren schreiben, da sie immer meinen, in Lauban gäbe es keine Faszisten. Er sprach noch über den Achtstundentag, über die wertbeständigen Löhne usw. Nach seinen Ausführungen meldeten sich noch einige Kollegen zum Wort, die darauf hinwiesen, wie notwendig es sei, proletarische Hundertschaften zu bilden. Der saubere Vorsitzende Busch konnte auf diese Diskussion nichts weiter erwidern als persönliche Bemerkungen gegen einen Kollegen; doch wurde er eines anderen belehrt. Busch möge nur erst vor seiner Tür kehren.

Macht es nach, Genossen!

Von der Belegschaft der Fuchsgrube, Bismarckschacht wurden heut 580 400 Mk. für den Reichsausschuß der deutschen Betriebsräte gesammelt. — Dieses Beispiel der Kollegen der Fuchsgrube muß in allen Betrieben Nachahmung finden.

Dr. Striemer glücklich gelandet

Der langjährige, ehemalige Redakteur der „Betriebsrätezeitung des ADGB.", Dr. Alfred Striemer, ist nun Mitarbeiter der Stinnes-„DAZ." geworden. In Nr. 345 dieses Kapitalsorgans schreibt er einen Leitartikel, in dem er die oppositionellen Gewerkschaftler beschimpft, er schreibt z. B.:

„Es herrschen dann in den Versammlungen die „guten" Redner mit der lautesten Stimme, wenn sie auch sonst die erfahrungslosesten und unwissendsten Mitglieder sein mögen. So gleicht die Riesenorganisation des ADGB. oft einem menschlichen Riesen, der durch Zipperlein und Podagra innerlich gefesselt wird."

Trotz der unablässigen Proteste der Kommunisten hat der Bundesvorstand jahrelang diesen gelben Unternehmerknecht Striemer ausgebildet, bis er jetzt gleich den Lensch, Ziegler und Winnig im Unternehmerlager gegen die Arbeiter kämpft.

Aber nicht Striemer, der noch nie aus seinem Herzen eine Mördergrube gemacht hat, trifft der Vorwurf, sondern den Bundesvorstand, der auch heute noch viele begünstigt, die bewußt den gelben Kurs steuern wollen.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Artur Dombrowski, für den Inseratenteil: Max Fischer, Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau

HUGO FEIG / Manufaktur, Tücher u. Plaids
GLEITWITZ – Nikolaistraße 29

Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile unter dieser Rubrik kostet 150 Mark.

KPD Bezirksleitung: Büro u. Kasse: Breslau, Tauentzienstraße 9. Tel. Ring 6837. Abrechnung: Max Fischer, Breslau, Trebnitzerstr. 50.

Breslau. Mittwoch, den 1. 8., abends 7 Uhr, findet im Versammlungsraum der Produktiv-Genossenschaft, Nikolaistraße 49/50, eine sehr wichtige Sitzung der Frauenagitationskommission statt. Pünktliches und vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

KJD Bezirksleitung: Kurt Monden, Breslau, Nikolaistraße 49/50. Postscheck-Konto: Breslau 675 96 Max Glaser.

Breslau. Anläßlich des Internationalen Jugendtages am 2. September, findet ein Volksspiel im Schlesischen Hof statt. Die spielfreudigen Genossen werden gebeten, sich am Donnerstag, den 2. August, abends 7 Uhr, im Schlesischen einzufinden.

Breslau. Heute Treffen. Mittwoch, den 1. August, im Schlesischen 21. Fischerstraße, Kinderbetreuungsraum, Vortrag des Genossen Sonnberger über seine Eindrücke in Sowjetrußland.

Heute Treffen. Donnerstag, den 1. August, Heimabend. Gäste sind willkommen.

Gewerkschaften

Breslau. Deutscher Eisenbahner-Verband. Dienstag, den 31. Juli, abends 7,30 Uhr, findet im Zimmer 7–8 des Gewerkschaftshauses die Vollversammlung der Betriebs- und Vertrauensleute des DEV. statt. Tagesordnung sehr wichtig. Mitgliedbuch und Beschäftigungsnachweis berechtigen zum Eintritt.

Andere Organisationen

Langenöls. Freie Religionsgemeinde. Donnerstag, den 2. August, abends 8 Uhr, bei Bauer, öffentliche Versammlung. Thema: „Der Einfluß der Kirche auf das Leben im Staat." Referent Gesinnungsfreund Ulrich Breslau, ein sehr guter Redner. Alle Kirchenaustretenden, besonders diejenigen, welche aus der Kirche ausgeschieden, sind eingeladen. Zur Deckung der Unkosten 300 Mark Eintritt. Anschließend Mitgliederversammlung.

Nachruf!

Sonnabend, den 28. Juli 1923, nachmittags 2½ Uhr, verschied nach kurzem Leiden unser Kollege

Robert Przywara

im Alter von 56 Jahren.

Ein dauerndes Andenken werden ihm stets bewahren

Ortsgruppen Scheppelwitz, Lamke, Sokolnick, Karbischau.

Per sofort
für lohnende Beschäftig. eine Anzahl
redegewandte Genossen
gesucht. Zu melden in der
Produktiv-Genossenschaft
Breslau, Trebnitzer Straße 50

Matthias-Kino
Matthiasstraße 38
Moltkestraße 9
Die Männer der Sybill
mit Lya Mara
Ferner:
Erzgauner
Abenteurerfilm.

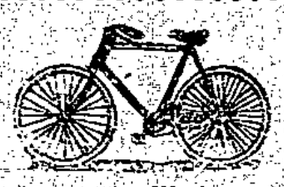
Odertor-Licht-spiele
Weinstr. 53/55
Von Dienstag bis Sonntag!
2 erstklassige Kanonen!
Der 2teilige Sensations-Schlager
Jim Jeffries
der Sohn der Straße
Ferner: Die größte Schiebung der Welt
Planeten-Schieber
5 fabelhafte Akte.

Suche möbliert. Zimmer
oder saubere Schlafstelle
für 1 od. 2 Personen
Preis Nebensache
Offert. an die Produktiv-Genossenschaft f. Schlesien, Breslau, Trebnitzer Str. 50

Gebrauchte
Schränke Vertikows Sofas
und andere Möbel kauft
Joseph Klappaut
Brüderstraße 35.

Kleiderstoffe Züchen, Inletts Herren- und Dam.-Wäsche
kaufen Sie billigst bei
Paula Goldmann
Tauentzienstraße 56
1 Minute vom Hauptbahnhof gegenüber der Cleissenstraße

Älterer
Genosse
sucht für sofort ein sauber. möbl. Zimmer
Offerten unter A.B. in der Expedition dies. Zeitung abzugeben.

Badenia und **Schladitz**

Reparatur-Werkstatt
Ersatz- und Zubehörteile
Walter Guttwein, Breslau Herzogstr. 13

Die streikenden Hammerschmiede und Schmiede, Abt. H. S. I., II., III., der L. H. L. W. sagen hiermit dem Kaufmann M. Schönfelder, Albrechtsstraße, ihren herzlichsten Dank für die 250 Stück ½-Pfund-Pakete Räucherspeck.

Die Vertrauenslente.

Einen neuen Leser – Genosse!

WOLFF & KÜTNER
GLEIWITZ, NIKOLAISTRASSE 16
Manufaktur- und Modewaren – Herrenkonfektion
Herren- und Damenwäsche